

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 197.

Montag, den 24. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Parade der Schwarzen.

Nach fünftägiger Dauer ist am Donnerstag in Düsseldorf, der rheinischen Metropole der großen Industrie, die 55. Jahresversammlung der Katholiken Deutschlands zu Ende gegangen. Das Zentrum kennt keine eigentlichen Parteitage; seine Tagungen sind nicht der Diskussion wichtiger Fragen, der Verhandlung über politische, wirtschaftliche, soziale oder parteitaktische Probleme durch einen bestimmten Kreis von Beauftragten der Parteilmitglieder gewidmet, sie sind im Gegenteil nichts anderes als große, inhaltsleere Paraden. Mit ihrem Jahrmarktsgedränge und bewegtem Szenenwechsel bieten sie jedoch den Hörigen des Kapitals eine amüsante Unterbrechung im ewigen Einerlei ihrer alltäglichen Berufsarbeit. Die gerade im rheinischen Industriegebiet mit Riesenschritten sich vollziehende kapitalistische Entwicklung wird freilich bald genug auch diesen Blinden die Augen geöffnet haben.

Die Tagung verlief wie immer streng nach dem festgesetzten Programm, und zwar so programmgemäß, daß die Germania von einer angeblich spontanen Ovation für den Kardinal Fischer schreiben kann: „Dieser Schluß der Festzugs-Rundgebung war um so erhebender, weil er im Programm nicht vorgesehen war.“ Die Verhandlungen selbst boten nur herzlich wenig von größerem Interesse. Sie fanden, entsprechend der großen Teilnehmerzahl aus der Arbeiterschaft und der Bedeutung, die die Arbeiterbewegung für das Zentrum besitzt, wesentlich unter dem Einfluß sozialer Probleme. Natürlich konnte bei der Erörterung dieser Fragen nichts von Belang herauskommen. Das verhindert nicht nur die ganze Organisation der Katholikentage, die für die öffentlichen Versammlungen überhaupt keine Diskussion und für die geschlossenen nur eine ganz beschränkte mit wenigen Minuten Redezeit kennt, das verhindert auch die vielgestaltige Zusammensetzung der Zentrumsparade. Die christliche Arbeiterbewegung, dieses Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie, wird auch jetzt noch — und in Zukunft sicher noch viel mehr — von vielen Angehörigen des Zentrums wie der Kirche mit Mißtrauen betrachtet.

Das kam schon am ersten Tage in recht bezeichnender Weise zum Ausdruck. Nach dem Festzug wurden 29 Festversammlungen abgehalten. In der größten sprach der Kardinal Fischer, der dabei in nicht mißzuverstehender Form einer Reihe christlicher Gewerkschaftsführer einen Rüssel erteilte. Diese hatten auf dem Anfang August dieses Jahres in Zürich zusammengetretenen internationalen Kongreß der christlichen Gewerkschaften gegen die Einmischung der Bischöfe in die Angelegenheiten ihrer Organisationen Verwahrung eingelegt. So hatte Schiffer-Düsseldorf ausgeführt:

Die Bischöfe haben uns in religiösen und kirchlichen Dingen Ermahnungen zu geben das Recht und die Pflicht. In rein wirtschaftlichen Fragen aber können sie kein Machtwort sprechen: Wir müßten ihnen sonst antworten: Hochwürdigste Herren Bischöfe, bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter Beifall.)

Und Stegerwald-Köln meinte:

Solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, so lange hat kein Papst und kein Bischof das Recht, den Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich organisieren sollen.

Ähnliche Ausführungen hatte auch der Reichstagsabgeordnete Giesberts gemacht. Die Äußerungen sind charakteristisch, weil sie zeigen, wie die christlichen Gewerkschaften allmählich gezwungen werden, von der Kirche der herrschenden Klassen, die sie mit aus der Laufe hob, abzurücken. Kardinal Fischer antwortete nun auf diese Auflehnungsversuche:

Es sind jüngst in einer Versammlung, die sich auch mit den Arbeiterinteressen beschäftigte, einige harte Worte gefallen in Bezug auf die Bischöfe, die mein für die arbeitende Bevölkerung warm schlagendes Herz tief betrübt haben. Ich will gern annehmen, daß sie nicht böse gemeint waren, weiß aber und habe es heute wieder erfahren, daß die katholische arbeitende Bevölkerung treu steht zu den Bischöfen und treu zu den Priestern, die die Bischöfe ihnen senden. Wie schön war es, daß heute in dem Festzuge fast jede Gruppe geleitet wurde von einem Priester. Ja, meine lieben Arbeiter, die Priester sind eure besten Freunde und namentlich das Herz eurer Bischöfe schlägt warm für das arbeitende Volk. Steht auch in Zukunft treu und gefestigt im heiligen katholischen Glauben und laßt euch niemals diese Liebe und das Vertrauen aus dem Herzen reißen.

Den Eindruck dieser Abschüttelung der christlichen Führer suchte der Präsident der Versammlung, Graf Droste-Vischering, dadurch zu verwischen, daß er

die katholischen Arbeiter als das „festeste Bollwerk gegen die Partei des Umsturzes“ feierte. Die Giesberts und Schiffer werden aber wissen, was die Rede bedeutet, ohne freilich an ihrem Standpunkt etwas ändern zu können. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zwingt sie zu ihrem Vorgehen.

Die Aufgabe, die katholischen Arbeiter gegen den Vorwurf sozialistischer Anschauungen in Schutz zu nehmen und ihnen gleichzeitig die Schönheiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu demonstrieren, war dem Düsseldorfer Arbeitersekretär Meyer übertragen worden. In seinem Referate über die christliche Lebensanschauung des katholischen Arbeiters schilderte er nach der üblichen Bewehrdrückerung der katholischen Kirche die „Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse“.

Man muß schon ein christlicher Arbeitersekretär sein, um die Tatsachen so auf den Kopf stellen zu können. Gerade in Rheinland-Westfalen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewisser Arbeiterkategorien noch so miserabel, daß die Lobhudelei über die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse nur als Ironie aufgefaßt werden kann. Soweit tatsächlich eine merkbare Verbesserung eingetreten ist, zeigt sie nur, wie elend früher die Lage der Arbeiterschaft war und wie ungeheuer die Lohnsteigerungen hinter dem Anwachsen des Reichtums der besitzenden Klasse zurückgeblieben sind.

Der ultrareaktionäre Charakter der Zentrumsgrößen offenbarte sich besonders bei zwei Gelegenheiten: bei der Erörterung der Frauenfrage und des Frauenwahlrechts und bei der Behandlung sozialpolitischer Materien. Das Referat über den ersten Punkt hatte ein Professor Dr. Zahn-Strasbourg, es war ganz auf den Ton des Philisters gestimmt, der von einer Gleichberechtigung der Frau um des Himmels willen nichts wissen mag. Professor Zahn ist wohl bereit, der Frau eine bessere Ausbildung zu gewähren, doch soll diese vor allem nur die Stellung der Frau im Hause und in der öffentlichen Wohlfahrtspflege fördern. Das Bestreben, der Frau alle Rechte, Berufe und Pflichten zugänglich zu machen, sei ein Attentat gegen Gottes Ordnung, gegen Familien- und Völkerglück, und zuerst und zuletzt gegen das Frauenglück. Er möchte nicht in der Freigabe des Versammlungsrechts an die Frauen den Wink sehen, daß die Frauen „im Laufschrift gegen die Wahnurme anstürmen“, daß sie „im Wirrwarr der staubigen und schwülen politischen Arena die in der Frauenfrage errungenen Erfolge wieder in Frage stellen und sich Erschütterungen aussetzen, die auch für Familie und Volk unheilvoll werden könnten“. Für diese geistreichen Tiraden spendeten die Zuhörer regelmäßig tosenden Beifall! Die Rücksichtlosigkeit gegenüber den Frauen kam auch noch besonders stark zum Ausdruck bei der Frage, ob die Frauen zu den Katholikentagen als vollberechtigte Mitglieder zugelassen seien. Man entschied schließlich, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, und gab den katholischen Frauenvereinen auf, sich in Zukunft auf dem Katholikentag durch — katholische Männer vertreten zu lassen.

Die Sozialpolitik hat das Zentrum teilweise bis auf den heutigen Tag nur als einen „Akt christlicher Barmherzigkeit“ aufgefaßt; soweit es sich aber zu einem andern Standpunkt durchgemauert hat, dann nur unter dem Druck der sozialdemokratischen Propaganda. Die in Düsseldorf angenommenen Anträge sind in dem Programm der Sozialdemokratie schon seit Jahrzehnten enthalten und von ihr bei jeder Gelegenheit vertreten worden, so die Forderung der staatlichen Wohnungsfürsorge, des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Arbeiterinnen zc. Natürlich guckt bei den angenommenen Anträgen regelmäßig der reaktionäre Pferdefuß heraus, so beispielsweise in der Forderung nach Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule. Eine reaktionäre Glanzleistung leistete man sich auch durch Annahme einer Resolution, die die zuversichtliche Erwartung ausdrückt, daß bei der bevorstehenden Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs „entsprechend dem christlichen Charakter unseres Staatswesens die Grundsätze der christlichen Weltanschauung gegenüber den modernen Strafrechtsproblemen, soweit diese die Willensfreiheit leugnen oder auf materialistischem Standpunkt stehen, zur vollen Geltung kommen und daß die gesetzgebenden Körperschaften wie überhaupt die berufenen Hüter des Rechts die Verwirklichung der obigen Grundsätze energisch in die Wege leiten“. Die Sträflinge müßten durch religiöse Einwirkung gebessert und deshalb der Seelsorge ein größerer Einfluß in den Gefängnis- und Korrektilionsanstalten eingeräumt werden. Was für Erziehungsergebnisse die Muckerlei aufzuweisen hat, zeigen die unter ausschließlicher Pfaffenherrschaft stehenden Länder, wo die Zahl der Verbrecher bedeutend größer ist, als in den kulturell fortgeschrittenen Staaten.

Hervorgehoben sei schließlich noch ein angenommener Antrag zur Jugendorganisation, der von den

Reaktionären nach dem Vorstoß der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird. Der Antrag lautet:

Vor allem sind die Vereine für die schulentlassene männliche und weibliche Jugend, die ja die Vorschule für die Vereine der erwerbstätigen Männer und Frauen bilden, in Stadt und Land einzuführen; ihre Vereinstätigkeit muß systematisch ausgebaut werden. Schule, Elternhaus, Lehrherren müssen unausgesetzt bemüht sein, die schulentlassene Jugend diesen Vereinen zuzuführen.

Für die Wertschätzung der sozialpolitischen Betätigung durch das Zentrum ist es außerordentlich charakteristisch, daß den Befürwortern der eingebrachten Anträge ganze drei Minuten Redezeit gemährt wurden, meist erfolgte aber überhaupt keine Diskussion. Damit wird das Wesen der Zentrumsparaden treffend charakterisiert. Die eigentlichen Beratungsgegenstände sind Nebenache, das Brimborium, die Festzüge und Festversammlungen, Wallfahrten, Segenspendungen durch die Bischöfe, die Ergebenheitsadressen an geistliche und weltliche Würdenträger und all der vor der breitesten Öffentlichkeit entfaltete Pomp aber die Hauptsache.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Entrechtung der Frau auf dem Katholikentag.

Die Regierung hat im Reichsvereinsgesetz die Gleichberechtigung der Frauen ohne weiteres zugelassen, wohl wissend, daß bei dem heutigen Stand der Dinge die früheren Bestimmungen nicht mehr aufrecht erhalten werden konnten. Auch die Zentrumsfraktion des Reichstages sah sich gezwungen, dieser Änderung des Vereinsrechtes zuzustimmen. Auch in der politischen und gewerkschaftlichen Agitation benutzt das Zentrum die Frauen gerne als Schleppein, aber in der Praxis will das Zentrum den Frauen die Gleichberechtigung nicht gewähren. Der Düsseldorfer Katholikentag hat die Frauen unter Vormundschaft gestellt.

In der vierten geschlossenen Versammlung wurde über die Zulassung der Frauen als Mitglieder zu den Generalversammlungen verhandelt. Es ging der Beschluß dahin, daß Frauenvereine als körperschaftliche Mitglieder zugelassen werden, aber nur durch männliche Vertreter an den Beratungen teilnehmen können.

Also Frauenvereine können sich an den Katholikentagen nur beteiligen, wenn sie sich durch Männer vertreten lassen. So etwas befugte auch schon die gänzlich veraltete preussische Landgemeindeordnung hinsichtlich des Gemeindevahlrechts. Für die politische Organisation der katholischen Kirche sind also nach wie vor die Frauen inferior.

Die Einfuhrschiene für Getreide,

die ausgestellt werden, wenn Getreide nach dem Ausland ausgeführt wird und die zur zollfreien Einfuhr einer Menge von Waren berechtigten, die den gleichen Zollbetrag wie das ausgeführte Getreide zu entrichten haben würde, sind zu einem beliebigen Mittel der Agrarier geworden, die Ausfuhr deutschen Getreides nach dem Ausland zu forcieren und so einem Sinken der Getreidepreise im Inland entgegenzuwirken. Es ist deshalb in letzter Zeit immer häufiger die Forderung der Beseitigung oder Beschränkung der Einfuhrschiene erhoben worden, auch von solchen Leuten, die die Zollwucherpolitik bisher stramm mitgemacht haben. So nahm kürzlich die Gewerkekammer in Dresden mit der ausdrücklichen Motivierung, daß dem ständigen Steigen der Brotpreise entgegengetreten werden müsse, einen Antrag an, die zollfreie Einfuhrschiene nur bei der Einfuhr der Getreidearten, bei deren Ausfuhr sie erteilt worden sind, zur Anrechnung zu bringen und die Zeit ihrer Gültigkeit von sechs auf drei Monate herabzusetzen sowie die auf deutschen Eisenbahnen bestehenden Ausnahmetarife für auszuführendes Getreide aufzuheben. Dem Antrag hat sich jetzt auch die Städtgarter Gewerkekammer angeschlossen.

Auf der Kandidatensuche!

Die konservative und nationalliberale Ordnungspresse ist sehr erobert darüber, daß das Zentrum von der Unterstützung der Kandidatur des Grafen Pofadomsky im Wahlkreise Spener-Ludwigshafen nichts wissen will und das dortige Zentrumsblatt, die „Pfälzer Ztg.“, kurzweg mitteilt, daß zwischen den bürgerlichen Parteien zwar schon während der Tagung des bayerischen Landtages über die Reichstagswahl in jenem Kreise Verhandlungen gepflogen worden seien, daß aber die pfälzischen Abgeordneten sich einmütig und im Einverständnis mit anderen politischen hervorragenden Persönlichkeiten dahin entschieden hätten, den Vorschlag auf Aufstellung der Kandidatur des Grafen Pofadomsky abzulehnen.

Die ehrsame Kronsbeinsche „Post“ gibt trotzdem die Hoffnung nicht auf, daß die Einigung aller sogenannten Ordnungsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten zustande kommt, und da es mit ihrem Protegé, dem Großadmiral v. Köster, nichts ist, empfiehlt sie als neue staatsmännische Kapazität den Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr in München:

Daher sind wir nach wie vor der Ansicht, daß die Nationalliberalen in Ludwigshafen-Speyer eine politisch neutrale Kandidatur aufstellen, deren nationale Bedeutung in sich selbst ruht und so stark ist, daß das Zentrum klipp und klar noch einmal zur Stellungnahme gezwungen werden muß. Besseres Agitationsmaterial läßt sich für die Deutsche Vereinigung nicht beschaffen, so dienst- und schreibefähigen die ultramontanen Kasuisten im Zentralorgan der demokratischen Zentrumsparthei, der „Kölnischen Volkszeitung“, auch sein sollten. Und der Kontrast wird um so größer, je näher die neutrale Kandidatur dem Zentrum steht, sofern es tatsächlich religiöse Motive ernstlich als parteibildende Kraft für sich ansieht. Wir können da immer wieder nur auf den Unterstaatssekretär Professor Dr. v. Mayr in München hinweisen, der selbst gläubiger Katholik ist, dessen hochsinniger staatsmännischer Bildung jede ultramontane Demagogie aber praktisch und theoretisch ein Greuel scheint.

Warum stellt man denn nicht die größte politische Kapazität auf, die Deutschland zurzeit besitzt, Herrn Dr. Wilhelm Kronsbein in Berlin.

### Die Krankenversicherung ländlicher Arbeiter

Soll nicht durch ein besonderes Gesetz, sondern im Zusammenhang mit der Reform der Arbeiterversicherung gelöst werden. Es ist auch keineswegs anzunehmen, daß die Durchführung den Bundesstaaten überlassen bleibt, während das Reich nur die Versicherungspflicht feststellt. Als Termin des Inkrafttretens wird der 1. Januar 1910 genannt.

### Block-Ratzenjammer.

Die Linksliberalen scheinen doch allmählich einsehen zu wollen, daß sie mit der Aufnahme in den Organ ein- und zum Narren gehalten worden sind. Das Organ der Süddeutschen Volkspartei, der Stuttgarter „Beobachter“, legt nämlich dar, daß man in den Kreisen der Demokraten sich nie zu einem besonderen Enthusiasmus für die Blockpolitik auftraffen konnte und fährt dann fort:

„Wahl aber folgte die große Mehrheit der Partei ihren parlamentarischen Führern willig, als diese unter kühler Berechnung der bestehenden Verhältnisse sich bereit finden ließen, eine Regierungspolitik zu unterstützen, die gewisse Fortschritte versprach. Diese Unterstützung ist erfolgt in der Voraussetzung, daß Herr Bülow in der Lage sein werde, die Hoffnungen, die er im deutschen Volke erweckte, zu erfüllen. Bager hat das von vornherein bei der Staatsberatung im Frühjahr 1907 mit schwebender Deutlichkeit erklärt und hat unter dem Beifall aller Freisinnigen hinzugefügt, daß eine Enttäuschung der Volkshoffnungen schweren Schaden anrichten werde. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Auswüchse der preußischen Reaktion, die man erst in jüngster Zeit wieder bewundern konnte, ihren schwarzen Schatten auf die Reichspolitik werfen müssen. Vielleicht gibt sich über diese Tatsache nicht einmal Bülow, der heitere Optimist, einem Zweifel hin.“

Sollte der linke Flügel des Liberalismus wirklich dem Block den Rücken kehren, dann wäre er auf alle Fälle so heillos blamiert, daß er kaum je wieder im politischen Getriebe als ein ernst zu nehmender Faktor betrachtet werden könnte.

### Es bleibt bei der Geheimnisfrämerci.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt in ihrem Wochenüberblick: „Verschiedene Zeitungen haben ausgeführt, daß es unmöglich wäre, eine eingehende und sachgemäße Diskussion der Finanzreform herbeizuführen, solange nicht die Reichsregierung ihrerseits die einzelnen Steuerprojekte veröffentlicht hätte. Der Standpunkt der Regierung, diese Projekte erst, nachdem sie in den Bundesrat gelangt sind, zur Veröffentlichung zu bringen, findet im allgemeinen die Zustimmung der Presse, aber, so wird entgegen, solange müßte nunmehr auch die Debatte über die Finanzreform ausgelegt werden. Dem können wir in keiner Weise zustimmen. Wenn die neue Finanzreform nichts weiter enthielte, als einige neue Steuervorlagen, so würde der Standpunkt gerechtfertigt sein. Es ist aber mit feltener Einmütigkeit von der Regierung verlangt worden und von der Regierung ihrerseits auch geplant, sich bei der Vorlage eines neuen Gesetzes über die Finanzreform nicht auf die Erhöhung der Einnahmen durch einige neue Steuerquellen zu beschränken, sondern eine erschöpfende Neuregelung unseres gesamten Reichsfinanzwesens in materieller und formeller Hinsicht, insbesondere auch hinsichtlich der Beschränkung und Tilgung der Schulden herbeizuführen. Zur Vorbereitung einer solchen Neuregelung aber ist in erster Linie die Erkenntnis der Schäden notwendig, an denen das deutsche Finanzwesen krankt, und wenn die Presse sich eingehend damit beschäftigt, so muß dies als die beste Vorbereitung für eine groß angelegte Reichsfinanzreform erscheinen. In der Tat ist die Frage der materiellen und formellen Neuregelung der Finanzen vom staatlichen und allgemeinen politischen Standpunkte aus unendlich viel wichtiger, als die Betrachtung einzelner Steuerprojekte.“ — Demnach handelt es sich um eine Reform an Haupt und Gliedern. Gerade deshalb aber ist zu verlangen, daß die Regierung endlich einmal mit der durch nichts gerechtfertigten Heimlichkeit bricht. Es ist doch geradezu skandalös, der Presse zuzumuten, alle möglichen Pläne zu erörtern und gleichzeitig zu sagen, daß das Programm der Regierung bereits feststehe.

### Eine unverdächtige Beleidigung

Der in der bayerischen Kammer sitzenden sozialdemokratischen Abgeordneten bezieht die „Germania“ in einer Zuschrift aus München, worin sie die dortige Budgetbewilligung zu rechtfertigen sucht. Sie schreibt nämlich:

Der hier auftretende Gegenstand ist darauf zurückzuführen, daß die Verhandlungen der norddeutschen Sozialdemokraten die Verhandlungen von Mittelstaaten nicht kennen und der großen Unterschied zwischen Reichs- und Landesbudgets nicht zu würdigen wissen. In den Landesbudgets kommen die eigentlichen Interessen der Wahlkreise zum Ausdruck. Wer sich seinen Wahlkreis er-

halten will, muß sowohl für die Wirtschaftspragen der einzelnen Städte wie für die lokalen Wahlkreisinteressen ein entwickeltes Verständnis haben. Da braucht eine bedürftige Gemeinde Unterstützung, eine andre bedarf einer Eisenbahnhalte- stelle, einer besseren Zugverbindung, will eine Postagentur haben, will ins Bezirks- telegraphennetz einbezogen werden, be- treibt eine Lokalbahnfrage, will eine Gen- darmorestation und so fort in infinitum. Da ist der Abgeordnete der gegebenen Vertreter des Wahlkreises. Das bleibt auch den Sozialdemokraten nicht geschenkt, die ebenfogut ihre Wahlkreisbedürfnisse den Mi- nistern unterbreiten müssen. Jeder Abgeord- nete unterzieht sich gern solcher Interessenvertretung, er muß es tun. Glücklich der Abgeordnete, der nicht kon- furrierende Interessen zu vertreten hat, wie es bei Lokal- bahnsfragen öfters vorkommt, in welchen bei den Inter- essenten nach einem geflügelten Wort des Zentrumsführers Dr. v. Daller nicht bloß die allgemeine Nächstenliebe, son- dern auch die Bruderkiebe aufhört.

Man versehe sich in dieses Milieu. Bei den Budget- verhandlungen der bayrischen Abgeordnetenkammer kommen alle die kleinen und kleinsten Dinge zur Sprache und finanziellen Bewertung, so gut wie große Fragen. Nach endlosen Mühen sind die Forderungen, zerstreut über alle Stats, verwirklicht. Bei den Einzelstats hat man sich darum bemüht und dafür gestimmt und beim Finanz- gesetz stimmt man in Wausch und Bogen dagegen! das ist ja Lollheit.

In Bayern ist bekanntlich das Zentrum die regierende Partei. Somit darf die Zuschrift, die ja von einer großen, bis ins einzelne gehenden „Sachkunde“ zeugt, und ver- mutlich von einem Kammermitgliede stammt, als voll- gültiges Dokument dafür angesehen werden, wie die dortigen Zentrumsabgeordneten ihr Mandat auffassen und ausüben. Daß aber auch Sozialdemokraten sich von derartig schmieglichen Gesichtspunkten leiten lassen, halten wir für ausgeschlossen. Zwar erzählt die „Germania“:

Beim Bau einer Straße am Malchensee, an dessen Ufern Bollmar wohnt, war geplant, die Straße mitten durch den Hof über den Misthaufen eines Anwesens hin- weg zu legen; man mag darüber die Nase rümpfen, für den Anwesensbesitzer war es eine eminent wichtige Frage, denn sein Anwesen wäre für die Bewirtschaftung stark ent- wertet worden, und Bollmar hintertrieb es beim zuständigen Ministerium.

Wir zweifeln nicht daran, daß unsere bayrische Frak- tion der freien Zuschrift der „Germania“ mit einer kräf- tigen Abfuhr dienen wird.

### Öffnung der Eisenbahn für Arbeitslose?

Der preussische Eisenbahnminister soll mehrere Eisenbahndirektionen mit der Prüfung der Frage betraut haben, ob und in welchem Umfange es möglich ist, einem Teil der in der Industrie beschäftigungslos gewordenen Arbeiter bei der Eisenbahn Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es soll darüber schleunigst Bericht erstattet werden, und es sollen die in Frage kommenden Arbeiter bei den bereits bewilligten Um- und Neubauten der Eisenbahn beschäftigt werden.

### Der letzte Freund.

Nachdem wir jüngst in der patriotischen Presse ge- lesen, daß Preußen-Deutschland in der ganzen Welt ver- haßt sei, ist es sehr erfreulich zu vernehmen, daß auch die „Deutsche Feindschaft“ (so lautet der Haß und Verachtung gegen die deutsche Sprache atmende politische Sachaus- druck) keine Regel ohne Ausnahme ist. Ein Mitarbeiter der „Post“ hat mit einem in Berlin weilenden ausländi- schen Politiker eine Unterredung gehabt. Der fremde Politiker sagte:

„Wenn die Regierung augenblicklich wirklich zu Eng- land hinneigen sollte, so habe das Volk seines Vaterlandes doch noch nie Sympathien für England gehabt, es frage sich immer, was hinter der Mäse der englischen Philanthropie stecke. . . . Dagegen schätzen die rechtstehenden Parteien die kraftvolle und tüchtige deutsche Art; er glaube dies im Namen der 85 Abgeordneten seiner Partei sagen zu können. Er selbst bezeichnet sich als einen großen Freund Deutschlands, das er so liebe, daß er sich jedes Jahr einige Monate in Deutschland aufhalte.“

Wer ist nun der sympathische Staatsmann, dem die „Post“ ihre Aufmerksamkeit gemacht hat und dessen „deutsch- freundliche“ Gesinnung aus den schwarzen Schlacken der allgemeinen „Deutsche Feindschaft“ wie lauterer Gold her- vorleuchtet? Es ist Herr Vladimir Pourisch- kowitsch, der Führer der Partei der eck- russischen Leute, das Haupt der Schwarzen Hunderte.

An der Echtheit seiner Gesinnung ist nicht zu zweifeln. Haben doch die echten Russen schon durch Huldigungs- telegramme an eine bekannte Berliner Adresse ihre Er- gebenheit bekundet und sich dafür schmeichehafte Antworten geholt. Man kann also doch nicht sagen, daß die preußi- sche Politik dem Deutschen Reich keine Freunde im Aus- lande wirbt.

Wenn alle untreu werden, so bleiben uns doch die Purischkewitsche. Für Preußen und Pogrom!

### Der liberale Landsturm regt sich.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß der Nationalverein für das liberale Deutschland beabsichtige, Protestkundgebungen zu veranstalten zur Verteidigung der bedrohten Volksrechte. Ein Aufruf in dieser Richtung ist schon an die „Frankfurter Zeitung“ abgegangen. — Es ist nicht anzunehmen, daß die Bülowische Blockreaktion sich vor den liberalen Helden fürchten wird.

### Stenervorlagen zur gefälligen Auswahl.

Wie die „Frankf. Zig.“ von gut unterrichteter Seite erfährt, hat das Reichsschatzamt zur Reform der Brannt- weinbelastung zwei Ewentualvorlagen aus- gearbeitet: einmal ein Branntweinmonopol, das allerdings infolge des Einspruchs Bayerns eine Ge- stalt erhalten hat, die in einigen Punkten von dem Sten- gelischen Projekt abweicht, und sodann eine Reform der Branntweinsteuer mit einer einzigen erhöhten Verbrauchs- abgabe, wobei verschiedene Übergangsmaßnahmen vorge- sehen sind. Die Regierung scheint gegenwärtig mehr der zweiten Vorlage geneigt zu sein, weil sie diese für parla- mentarisch leichter durchsetzbar hält als das Monopol. Eine weitere, vom Schatzamt ausgearbeitete Ewentualvorlage ist

die Reichsvermögenssteuer, die für den Fall in Reserve gehalten wird, daß die übrigen vom Reichstag bewilligten Steuern den Geldbedarf nicht decken.

### Aus den Kolonien.

In Kamerun ist eine Wandergewerbeordnung erlassen worden, um Mißständen in dortigen Handel abzuwehren. § 1 bestimmt, daß jeder, der außerhalb der Gemarkung seines Heimatdorfes oder seines Wohnortes für eigene oder fremde Rechnung Handel treiben will (Wanderhändler) der Erlaubnis bedarf. Die Erlaubnis zum Wanderhandel kann verweigert werden:

1. wenn der Antragsteller wegen strafbarer Hand- lungen gegen das Eigentum, das Leben, die Frei- heit oder die Gesundheit anderer Personen be- straft ist;
2. wenn er wesentliche Bestimmungen der Wander- gewerbeordnung vorsätzlich verletzt hat; wenn er die seitens der Behörden getroffenen Anordnungen betreffend die Gewinnung oder den Vertrieb von Produkten oder betreffend die Verhütung von Seuchen nicht eingehalten hat;
4. wenn Tatsachen vorliegen, auf Grund deren zu befürchten ist, daß die Zulassung weiterer Wander- händler in einem Bezirke die Gefahr von Un- ruhen oder Unständen nach sich ziehen würde.

Die erteilte Erlaubnis kann wieder entzogen werden. Der Wandergewerbeschein kostet 25 Mk. Zuwiderhand- lungen gegen die Wandergewerbeordnung werden im ersten Falle mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder bis zu 14 Tagen Haft, im Wiederholungsfalle mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder, so- weit es sich um Eingeborene handelt, mit Geldstrafe, oder Gefängnis mit Zwangsarbeit bis zu drei Monaten bestraft, sofern nicht nach anderen Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

### Rußland.

Das „garantierte Briefgeheimnis“. In einem Artikel über die schwarzen Kabinette in Rußland ver- öffentlicht der „Naprzod“ nach dem Bsploje ein kennzeich- nendes Geheimdokument vom Jahre 1903, das aber auch heute vollwertig ist. Hier der Inhalt:

Vertraulich.

Der Leiter des Hauptpost- und Telegraphenamts Nr. 267.

Vorzeiger dieses, der Leiter der Warschauer Gen- darmieabteilung der Ochrana, Hauptmann Kowalewski, hat das Recht, Bestätigungen vorzunehmen und im Be- darfsfälle die Originale der Depeschen, die aus den Post- und Telegraphenbureaus abgeschickt worden sind, heraus- zunehmen. In diesem Fall soll hierüber ein Protokoll mit der Unterschrift des Leiters der Institution und des Haupt- manns Kowalewski abgefaßt werden.

Der Leiter des Hauptamtes E. Andrejewskij.

14. Juli 1903.

Der Abteilungsvorsteher Adamowicz.

Erst kürzlich ist aus Rußisch-Polen mitgeteilt worden, daß die „Schwarzen Kabinette“ in den russischen Post- anstalten auch heute sehr systematisch vorgehen, um der Briefe an und von „verdächtigen“ Personen habhaft zu werden.

### Ti kai.

Eine vernichtende Niederlage hat der Sultan Abdul Ahs erlitten. Aus Tanger wird gemeldet: An hiesiger amtlicher Stelle ist ein drahtloses Telegramm ein- getroffen, das meldet, daß die Vorhut der Mahalla des Abdul Ahs von Mulay Hafid fünfzig Meilen von Marrakech geschlagen worden sei. Aus bester Quelle wird fer- ner berichtet, daß die ganze Mahalla des Abdul Ahs durch die hasidische Streitmacht angegriffen und gänz- lich geschlagen wurde. Sie sei in großer Unordnung geflohen. Es wird gemeldet, Abdul Ahs sei ge- fangen genommen, während er nach anderen Be- richten entkommen ist und in die französische Zone flüchtete. Die Artillerie Abdul Ahs' verlor infolge einer Panik, die das Verstecken der Geschütze hervorrief.

Letzte Nachrichten bezügen, daß Abdul Ahs entkommen ist. Er will nach Damaskus gehen und später, wenn die Umstände es gestatten, nach Marokko zurückkehren.

Am gestrigen Sonntag abend wurde Mulay Hafid in Tanger als Sultan proklamiert.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 24. August.

**Achtung Banarbeiter!** Über die Sielbauarbeiten in der Markt- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

**Achtung Maurer!** Wegen Akkordarbeit ist über die Sielbauarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kalkenhof-Schwarta u., ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. J. a. b., Werderstraße, F. W. a. d. e. l., Krepelsdorfer Chaussee. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünfhäusen verhängt worden.

**Achtung Schuhmacher!** Über die Schuhwaren-Reparatur- werkstätten von Peter Bernhardt, Hürterdamm 10, sowie G. Dietmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unse- rer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

**Aus dem Senat.** Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Eschenburg hat Senator Friedr. Ewers den Vorsitz in der Oberschulbehörde übernommen. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Dr. Fehling und Rabe ist Senator Strauß der Vorsitzerschaft des Heiligen-Geist-Hospitals zugeordnet und ihm der Vorsitz darin über- tragen worden. Senator Hermann Eschenburg hat den Vor- sitz im Finanzdepartement und in der Vorsitzerschaft des St. Johannis-Jungfrauenlofters wieder übernommen.

**Straßen Sperre.** Wegen vorzunehmender Pflasterungs- arbeiten ist die Beckergrube von der Kupferschmiede- straße bis zur Treitestraße von Montag, den 24., morgens 6 Uhr bis Dienstag, den 25. August 1903, morgens 6 Uhr für den gesamten Fuhrwerksverkehr gesperrt.

**Gütbeeren.** Jetzt ist die Zeit wieder da, wo die Eltern die Kinder eindringlich warnen sollen, unbefannte Beeren zu

genießen. In schattigen Wäldern locken jetzt die erbsengroßen scharlachroten Beeren des Aconitab. Alle Teile dieser Pflanze sind sehr scharf, ätzend und giftig, besonders aber die Beeren, welche heftiger brennen wie Pfeffer und Blasen im Munde hervorrufen. Jetzt beginnt auch zu reifen die Frucht der Tollkirsche. Der bis zu mächtiger Baumhöhe heranwachsende Strauch mischt sich gern harmlos unter das niedere Unterholz. Seine Blätter, von schöner frischgrüner Färbung und länglicher Gestalt, gleichen entfernt denen des Kirschaumes. Die Blüten sind glockenförmig und braunviolett. Aus ihnen entwickelt sich die Beere, die, was Größe und Farbe betrifft, täuschend einer prächtigen, tiefschwarz glänzenden Herzfrucht gleicht und manchen Unerfahrenen um Leben und Gesundheit gebracht hat. Gehören schon Wurzel und Blätter zu den heftigsten narkotischen Giften, so gilt dies vor allem auch von der Frucht. Also Vorsicht vor diesen Beeren!

**Frei-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 22. August, morg. 6 Uhr: Wasser 17, Luft 16; 10 Uhr: Wasser 17, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 17 1/2, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 18, Luft 20 Grad Celsius. — Sonntag, den 23. August, morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 18 1/2; 10 Uhr: Wasser 17, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 15 Grad Celsius.

**Beim Segeln ertrunken** ist gestern vormittag gegen 10 Uhr der 20jährige Rutscher Christian Schöning, wohnhaft in der Marktstraße. Der junge Mann ließ sich von einem Freunde bewegen, mit diesem eine Probefahrt auf einem Segler auf der Wakenitz zu unternehmen. In der Nähe der Alexanderstraße kenterte das Segelboot und beide Insassen stürzten ins Wasser. Trotdem Schöning schwimmen konnte, sank er sofort — jedenfalls infolge eines Herzschlages — in die Tiefe und ertrank, während der andere Insasse von 4 Knaben, die sich mit einem Ruderboot in der Nähe befanden, gerettet werden konnte. Das Segelboot wurde geborgen. Die Leiche des Ertrunkenen ist noch nicht gefunden worden.

**Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey** in Lübeck beging Sonnabend und Sonntag die Feier seines 50jährigen Bestehens unter zahlreicher Beteiligung. Auch von auswärtig waren viele Schriftgenossen eingetroffen. Am Sonnabend fand die Bundesversammlung für Mecklenburg und Lübeck statt.

**Auf unserer Sommerbühne** wurde gestern abend vor fast ausverkauftem Hause die lustige Operette „Flotte Burche“ wiederholt; den Schluß des Abends bildete eine Aufführung des tollen Schwanks „Der Hochtourist“. Das Sonntagspublikum war für das Gebotene sehr dankbar.

**pb. Fahrraddiebstähle.** Am Sonnabend, den 22. ds. Monats, ist vom Hausflur Kleine Burgstraße Nr. 19, zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags, ein Fahrrad Marke „Lubeca“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und Freilauf mit Rücktrittbremse abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad führte die vom Polizeiamt gelieferte Erkennungsnummer 505. — Am Sonnabend, den 22. ds. Mts., zwischen 8 und 11 Uhr vormittags, ist vom Flur der II. St. Gertrud-Mädchenschule ein Damenfahrrad abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und roten Blüschlattel. In der Satteltasche befand sich eine auf den Namen „Anna Carlow, Percivalstraße 6“ lautende Fahrkarte. Das Rad war mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1653 und der Fabriknummer 22 040 versehen.

**pb. Diebstahl in einer Herberge.** Ein Tischlergeselle erstattete die Anzeige, daß ihm in einer hiesigen Herberge ein Paket, welches folgende Gegenstände enthielt, gestohlen sei: 1 grauer Sommerüberzieher, 1 graues Jackett, 1 blaue Schürmühle, 1 Puffhobel, verschiedene Tischlerwerkzeuge und eine Duittingkarte Nr. 11 der Invaliditäts- und Altersversicherung, lautend auf Gustav Paul Rudolf Richter, geboren am 10. Februar 1863 in Dresden, sowie eine Krankenkassenbescheinigung aus Altona.

**pb. Verfehlene Legitimationspapiere.** Dem Arbeiter Matthias Mikus, geboren am 1. Januar 1874 in Elst, sind folgende, auf seinen Namen lautende Legitimationspapiere abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden: Eine Duittingkarte der Invaliditäts- und Altersversicherung „Nr. 7“, ausgestellt im Juni ds. Jz. in Stawebber, und ein Abzugsattest, ausgestellt im Juni ds. Jz. in Sieghagen.

**pb. Zechprellerei.** Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich bei einem auf dem Langen Lohberg wohnhaften Schankwirt der Zechprellerei schuldig machte.

**pb. Entwendete Taschenuhr.** Ein auf der Wanderschaft befindlicher Arbeiter zeigte an, daß ihm auf seiner letzten Arbeitsstelle in Krumbek eine silberne Remontoiruhr mit doppeltem Goldrand gestohlen worden sei. Der kleine Zeiger der Uhr ist abgebrochen. An der Uhr befand sich eine einfache Nickelkette.

**Die Ringkampfkonkurrenz im Hansatheater** erfreut sich nach wie vor des regsten Interesses seitens des Publikums. Auch Sonnabend war das Haus fast vollständig besetzt. Erst rang zunächst der Deutsche Siegfried gegen den Dänen Nielsen; bereits nach 30 Sekunden beherrschte letzterer mit beiden Schultern den Teppich. Der Kampf zwischen Duriz-Luzemburg und Grunewald-Rheinland endete mit einer Niederlage des letzteren. Wegen einer Verletzung am Knie, die sich Apollon-Frankreich zuzog, mußte dessen Kampf mit Carlos-Portugal abgebrochen werden. Der Kampf zwischen Ponce-Frankreich und Jackson-Amerika blieb anscheinend nach einer Dauer von etwa 20 Minuten unentschieden. — Am Sonntag besiegte Grunewald-Rheinland Harrs-Hamburg in 6 Minuten durch Kopfszug. Siegfried-Deutschland besiegte Winzer-Hamburg in 5 1/2 Minuten durch Doppelnelson. S. Jackson-Amerika besiegte Karoly-Ungarn in 18 Minuten durch Armzug am Boden. Carlos-Portugal wirft Bernard le Boucher-Belgien in 5 Minuten durch Untergriff. — Heute und folgende Tage werden die Ringkämpfe fortgesetzt. Den Ringkämpfern voraus geht ein Auftreten von erstklassigen Spezialitäten, deren sämtliche Darbietungen stets reiche Anerkennung finden.

**Stadthallentheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Dienstag findet das Benefiz des Herrn Franz Heydrich statt. Der allbeliebte Sänger hat sich hierfür die Straußsche Operette „Die Fledermaus“ ausersehen. Die Aufführung erhält durch das Gastspiel der Frau Dr. Fuchs-Brandt aus Hamburg und des Tenors Georg Werner aus Oldenburg noch ganz besonderen Reiz. Es bedarf gewiß nur dieses Hinweises, um dem verdienstvollen Mitglieder ein übervolles Haus zu sichern. Mittwoch wird zu ermäßigten Preisen die große Doppel-Vorstellung „Flotte Burche“, Operette, und „Der Hochtourist“, Schwank, wiederholt.

**e. Stockelsdorf.** Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend fand die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgegend statt. Es wurden 5 Mitglieder aufgenommen, darunter 2 Genossinnen. Die Wahlmänner wurden vom Zentral-Wahl-

komitee vorgeschlagen; es wurden die Wahlmänner, 8 an der Zahl, per Stimmzettel gewählt, über 2 mußte noch Stichwahl stattfinden. Die örtlichen Bezirksführer sollen von jetzt ab 30 Pfg. Zehrgeld erhalten. Die Cassalle-Geächtensfeier soll am 30. August stattfinden, wozu Karten à 10 Pfg. auszugeben werden sollen. Bekannt wurde noch gemacht, daß am Dienstag abend eine öffentliche Versammlung, betreffend die Landtagswahl, bei Bätan stattfinden. Nicht der Genossen ist es, für diese Versammlung zu agitieren.

**Off-Ratkau.** Die Wählerlisten liegen heute, Dienstag und Mittwoch beim Gemeindevorsteher Krambeck in Warnsdorf aus.

**Ratkau.** In die Landtagswahlbewegung eingetreten sind unsere hiesigen Genossen mit einer am Sonnabend bei Frau Kopp Witwe abgehaltenen Volksversammlung. Genosse Stellung-Lübeck legte die Notwendigkeit der regen Beteiligung an den Landtagswahlen dar. In der Diskussion sprachen die Genossen Kasper-Lübeck, Kopp und Ziedge ebenfalls zu reger Agitation an. Hoffentlich trägt dieselbe gute Früchte.

**Giecktrade.** Eine sehr gut besuchte Volksversammlung, die sich mit den oldenburgischen Landtagswahlen beschäftigte, tagte hier gestern bei Herrn Schrömann. Nach einem Referat des Genossen Stellung-Lübeck sprachen die Genossen Leu-Schwartau zur emsigen Agitationsarbeit an. Der Vorsitzende, Genosse Schulz, forderte zum Beitritt in die Partei und zum Lesen der Arbeiterpresse auf.

**Gniffau.** Die oldenburgischen Landtagswahlen bildeten das Thema einer gestern hier abgehaltenen Volksversammlung. Genosse Stellung-Lübeck forderte die Erschienenen auf, mehr als bisher für unsere Sache tätig zu sein und dafür zu sorgen, daß wir bei den Wahlen den Sieg davontragen. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden, Gen. S. Fick-Stockelsdorf, erfolgte Schluß der Versammlung.

## Oldenburger Landtagswähler!

### Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Liste steht, ist nicht  
wahlberechtigt.

**w. Wölsn.** Zur Bürgermeistereiwahl. Nach längerem Hin und Her hat die Präsentations-Kommission für die Bürgermeistereiwahl beschlossen, der Bürgerschaft die Herren Bürgermeister Diten-Wölsn, Meffler Dr. Löwe-Blauen und Bürgermeister Roggenbrad-Nordenburg zu der am 7. September von vormittags 9—1 Uhr stattfindenden Wahl zu präsentieren.

**Hamburg.** Die Kontrakt-Schauerleute hielten Sonntag vormittag eine Versammlung ab, in der über die Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein betreffs des neuen Kontraktentwurfs Bericht erstattet wurde. Es wurde mitgeteilt, daß in einer Kommissions-Sitzung, an der Dr. Pöger vom Hafenbetriebsverein und Inspektor Brandt von der Amerika-Linie teilnahmen, ein neuer Paragraph 1 in folgender Fassung beschlossen worden sei: „Der Arbeiter wird vom Hafenbetriebsverein fest angestellt und im Stauer- und anderen Hafenbetrieben beschäftigt. Der Arbeiter ist verpflichtet, jede ihm vom Verein oder dem Betrieb übertragene Arbeit im Hafen von Hamburg-Altona und anderen Seehäfen im Elbegebiet oder auf der Unterelbe zu verrichten, auch Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeit zu leisten. Für Arbeiten in Häfen, die nicht an der Elbe liegen, werden besondere Vereinbarungen getroffen.“ In der Debatte über diesen Paragraphen sei besonders betont worden, daß es für sie in Zukunft weder Schauerleute, noch Gewerführer oder Kohlenarbeiter geben würde, sondern nur einfache Hafenarbeiter, die verpflichtet wären, jedwede ihnen im Hafenbetrieb aufgetragene Arbeit zu verrichten. Die bisher beliebte Methode der Arbeitseinteilung im Hafen werde, soweit die Kontraktarbeiter in Frage kämen, allmählich verschwinden, dafür werde aber den Arbeitern ein fester Wochenlohn garantiert. In der Diskussion bezeichneten mehrere Redner diesen Passus als unannehmbar, da bei einer etwaigen schriftlichen Anerkennung dies nichts anderes bedeute, als daß sie bei einem Lohnkampf in den anderen Branchen ihren Kollegen in den Rücken fallen müßten. Von anderer Seite wurde dagegen auf die Ausschließlichkeit eines Widerstandes aufmerksam gemacht. Wenn die jetzigen Kontrakt-Schauerleute sich weigerten, die verlangte Unterschrift zu leisten, so würden sich anderweitig auch aus den Reihen der organisierten Arbeiter genug Leute finden, die den Kontrakt anerkennen würden. Denn gerade diejenigen Hafenarbeiter, die jetzt am meisten gegen die Kontrakt-Schauerleute eiferten, warteten nur auf eine günstige Gelegenheit, um an ihre Stelle zu treten. Nach einer mehr als zweistündigen Debatte wurde beschlossen, es jedem anheim zu stellen, ob er den Kontrakt unterschreiben will oder nicht. Die Unternehmer hatten übrigens in den Arbeitsnachweisen folgenden Antrag machen lassen: „Arbeiter des Hafenbetriebsvereins! Wer den neuen Kontrakt bis 20. August nicht unterschrieben hat, ist auf den 31. August entlassen.“ Punktum! Gatte Kapitalistenbrutalität!

**Kiel.** Kriegserichterliche Gerechtigkeit. Am 8. Juli brückte sich der Zeiger B. auf dem Linien-Schiff „Wettin“ vom Dienst, obgleich die Arbeit im Heirraum eilte. Der Maschinenmaat Sch. befahl ihm, sich auf seine Station zu begeben, doch B. weigerte sich und behauptete, er müsse sich erst anziehen, obwohl er bereits den richtigen Arbeitsanzug trug. Schließlich machte er sich doch auf den Weg. Der Maat wollte nun in der engen Passage an ihm vorüber. Um sich an B. schmutzigen Zeug nicht den eigenen Dienstanzug zu beschmutzen, faßte der Maat Z. mit zwei Fingern am Zeug und schob ihn schlag beiseite. Sofort griff B. ihn an, verfehlte ihm einen Schlag ins Gesicht, packte ihn an der Gurgel und würgte ihn. Der zufällig hinzukommende Obermaschinenmaat B. rief den Angreifer zurück. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen B. eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 1 Tag Gefängnis. Das Kriegsgericht des ersten Geschwaders erkannte jedoch auf 2 Jahre 15 Tage Gefängnis und rechnete davon 15 Tage auf die erlittene Untersuchungshaft an.

**Kiel.** Von einem Automobil totgefahren. Im Haffelbiedsdammer Wege nahe dem Wilhelms-Platz überfuhr Sonnabend mittag ein von auswärts kommendes Auto-

mobil einen etwa 8-jährigen Knaben, der sofort nach dem Unfall starb. Der Knabe soll einem Angestellten des Bräus Carré angehört. Die Augenzeugen bekunden, daß der Führer des Automobils keine Schuld trifft. Er soll langsam gefahren haben und noch im kritischsten Moment bemüht gewesen sein, auszuweichen.

**Q. Londern.** Noch ein politisches Disziplinungsverfahren. Gegen den Lehrer Kauten-Franz in Niebüll ist eine Vernehmung von dem Landrat in Londern angeordnet. Man vermutet in ihm den Verfasser von Zeitungsartikeln, in denen die konservativen Wahlbeeinflussungen aufgedeckt wurden. Eine weitere Meldung besagt: Ein „Dementi“. Die „Deutsche Tageszeitung“ und Blätter ähnlichen Schlages bestritten, daß gegen den Lehrer Kauten-Franz in Niebüll ein Disziplinungsverfahren eingeleitet sei. Nicht bestritten kann aber werden, daß der Lehrer zur Vernehmung vor den Landrat in Londern geladen ist. Aus dieser Vernehmung wird dann vermutlich sich das Disziplinungsverfahren ergeben.

## Gekte Nachrichten.

**Braunschweig, 22. August.** Im Meineidsprozeß gegen Pastor Lang aus Beckenbeck erfolgte heute nach sechstägiger Verhandlung die Urteilsfällung. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung in zehn Fällen und Nötigung in einem Falle zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Sechs Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Von der Anklage der Verleitung zum Meineid und Beamtenebeziehung wurde der Angeklagte freigesprochen. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung wurde wegen Fluchtverdachts abgelehnt.

**Liegnitz, 22. Aug.** Landgerichtspräsident v. Golbeck ist gestern abend auf der Jagd in Mierschwitz bei Parchwitz tödlich verunglückt. Beim Überpringen eines Grabens hatte sich sein Gewehr entladen, und die volle Ladung war ihm in den Unterleib gedrungen. Er wurde noch lebend nach Liegnitz gebracht, verschied aber bald darauf.

**Duisburg, 22. August.** Eine 34jährige Frau ist an den schwarzen Pocken gestorben.

**Kittingen, 22. August.** Ein schwerer Bauunfall hat sich hier ereignet. Es stürzten bei Renovierungsarbeiten an der Synagoge ein Malermeister, zwei Gehilfen und ein Lehrling vom Gerüst. Der Lehrling war tot, die übrigen wurden schwer verletzt.

**Bergen, 24. August.** Der Dampfer „Hölgfonden“, der Harbanger-Soendforbländischen Dampfergesellschaft gehörend, ist am Sonnabend bei Staanevit auf Grund geraten und binnen drei Minuten gesunken. Es verlautet, daß 85 Passagiere an Bord gewesen sind, von denen 30 ertrunken sein sollen. Bis jetzt wurden 15 Leichen geborgen, darunter 5 von der Besatzung.

**Östrow, 22. August.** Von der Bahnarbeiterfamilie Jacobczak, die an Pilzvergiftung erkrankte, sind bisher die Ehefrau und zwei Kinder gestorben.

**Bern, 22. August.** Durch die unversehens herabstürzende Hotelglocke wurde im Parhotel Montana oberhalb Siders das 19jährige Fräulein Philomene Kettel, die Nichte des Hotelbesizers, als sie zum Essen wollte, erschlagen.

**Paris, 22. August.** Aus mehreren Gegenden Frankreichs werden Todesfälle nach dem Genuß giftiger Pilze gemeldet. In der Nähe Beauvais starben binnen 24 Stunden eine alte Frau und drei ihrer Enkelkinder. — In Belfort liegt eine ganze Familie krank darnieder, wovon ein Kind in letzter Nacht schon gestorben ist.

**Dijon, 23. August.** Infolge Verwechslung von Signalen fuhr ein Personenzug einem von Lyon kommenden Güterzug in die Flanke. Dadurch wurde eine Person getötet, während sieben Personen leichte Verletzungen davontrugen.

**Konstantinopel, 24. August.** Hier brach ein großes Feuer aus, durch das bis jetzt weit über 1000 Häuser eingeschert wurden.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 22. August.**

Bauer: Butter Pfd. 1,20—1,25, Mt., Meier: Butter Pfd. 1,25 Mt., Gansen — Mt., Enten 3—3,50 Mt., Hühner 1,60—2,00 Mt., Küken Stk. 1—1,40 Mt., Lauben Stk. 0,50—0,60 Mt., Gänse Pfd. — 78 Pf., Fildgans — Mt., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mt., Schweinskopf Pfd. 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,00—1,10 Mt., Eier 8 Stk. 60 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genügt, Karpfen Pfd. — Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mt., Schleie Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 80—100 Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, b. Kopf 0,15—0,30 Mt., Kohl 100 Pfd. — Mt., Gurken 100 Pfd. — Mt., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mt., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mt., Pfäumen, pr. 100 Pfd. — Mt., Kirschen Pfd. — 25 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mt., Mand Pfd. — Pfg.

**Getreidepreise.** Lübeck, 22. August.

Weizen, 124—130 Pfd. holl. 192—200 Mt. Roggen 115—123 Pfd. holl. 155—170 Mt. Hafer, nach Qualität neuer 160—170 Mt., alter 170—180 Mt. nach Qualität — per 1000 Kilo.

**Sternschanz-Wichmarkt**  
22. August.

Der Schweinehandel verlief flau. Zufgeführt wurden 2298 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine schwere 63—68 1/2, leichte 63—64 Mt., Sauen 54—58 Mt. Ferkel 59—62 Mt. pro 100 Pfund.

**Briefkasten.**

F. C. Söhnter, Kiel, Bergstraße 11.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeker und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

**Insertate**

finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des werbtätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“.

Sonntag morgen 6 Uhr entschleef plötzlich und unerwartet unser lieber süßer

**Alfred**

im Alter von 5 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern.

**H. Krohne und Frau**, geb. Wehmann, nebst Geschwister.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**

Ortsverwaltung Lübeck.

Am Sonntag, den 23. August, ertraut in der Wakenitz infolge Kentern eines Segelbootes unser Kollege, der Rutscher

**Christian Schöning.**

Der Ertrunkene stand im 21. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.

**Danksagung.**

Allen Freunden und Verwandten sowie dem Verband der Bauhilfsarbeiter für die beim Begräbnis meiner Frau gespendeten Kränze und insbesondere dem Herrn Pastor Steinführer für seine trostreichen Worte am Sarge meiner entschlafenen Frau sage meinen innigsten Dank.

**Hans Eggert und Kinder.**

Serrnburg, im August 1908.

**Freundliches Parterre-Logis**

für 1 oder 2 junge Leute Rosenstraße 29.

**Logis** für 2 Mann.

Krähenstraße 12.

**Gesucht**

**6 Arbeiterinnen**

(Abteilung Braterei).

**Aug. Schumacher**

Ernstinenstraße 3.

**Zimmergesellen gesucht**

Schwartauer Allee 30, pt.

Neues Chaiselongue billig zu verkaufen

Koienstraße 1, I.

**Junge Kühner zu verkaufen**

Näheres Bercevalstraße 8.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.

Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.

1 Jahr Garantie.

**Ernst Gentzen**, Uhrmacher

Königsstraße 62, 5. d. Kückstraße

Gede rote Rabatmarken.



**Vereinigte**

**Butterhändler**

v. Lübeck u. Umg.

**Allerfeinste Meierei-Butter**

kostet Pfd. **1.35** Mt.

**Achtung Schneider!**

**Mitglieder-**

**Versammlung**

am Dienstag, 25. August,

abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Vorlesung, gehalten vom Arbeitervertreter

Rudolf Wijiell

2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen ist erwünscht.

**Einladung zum Ball**

der Töpfer Lübeds

am Sonntag, den 30. August,

im Lokale des Herrn Fürbötter,

**„Wakenitz - Bellevue“**

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg. Damen frei.

Das Komitee.

**Hansa-Theater**

Heute Montag (9. Tag)

ringen:

**K. Grunewald** gegen **Frank Jackson**

Rheinland

England

**D. Ponce** gegen

Apollon

Frankreich

Frankreich

**H. Winzer** gegen

Jean Duriz

Hamburg

Luzernburg

**Siegfried** gegen

Carlos

Deutschland

Portugal

Billetvorverkauf bei Sager

# „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

**Theodor Schwartz.**

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der Lübschen Geschichte eine Fülle interessanter, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtnis der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der Lübschen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den **Mk. 3.00** oder broschiert Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von **Mk. 5.00** auf **Mk. 3.00** v. **Mk. 4.00** auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporturen, Zeitungsausträgern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstraße 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

**Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Reserviert für:

## Der Mann mit dem Fimmel.

**Eine Frau sucht Beschäftigung**

in Strumpf- und Rockstricken. Näheres

Langer Lohberg 44/4.

**Für Brautleute.**

Waschtisch.

Off. u. L 35 an die Exp. d. Bl.

Ein Regulator u.

ein zweitärtiger

Empfehle für die nächsten Tage einen größeren Posten frische

**Flomen**

in selten schöner Qualität, extra dick und kernig.

Verkauf in meinen sämtlichen Detailgeschäften.

**Thüringer Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik.**

August Schreer.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei **Paul Flemming** finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sichergestellt Gewähr für reinste, bestmögliche und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird.

Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

**Elmerbier**, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-9 Uhr.

**Adolf Hübner**, Uhrmacher u. Goldarbeiter, arbeit. Fünfhäuf.

**Holzarbeiter-Verband**

(Zahlstelle Lübeck).

**Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, 25. August,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die aufgenommene Statistik

2. Kartellbericht.

3. Herbstvergügen.

4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

**Stadthallentheater**

Dienstag: 81. Abonnements-Vorstellung

Benefiz-Regisseur **F. Heydrich.**

Doppel-Gastsp. Hr. **Dr. Fuchs-Brand**, Hamburg, u. **Georg Werner**, Posth. Oldenburg.

**Die Fledermaus.**

Operette in 3 Akten von **J. Strauß.**

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch: Zu ermäßigten Preisen.

**Flotte Bursche.** Operette.

**Der Hochtourist.** Schwank.

## Vorarbeiten für den Reichslügenverband.

Den Gegnern der Sozialdemokratie ist kein Mittel zu schlecht, wenn es gilt, der Arbeiterbewegung etwas anzuhängen. Vom Verband ostdeutscher Industrieller werden jetzt selbst Erhebungen über den Alkoholismus in Arbeiterkreisen zu tendenziösen Verdächtigungen sozialdemokratischer Arbeiter benutzt. Dieser Verband hat auf behördliche Anregung hin festzustellen versucht, welchen Erfolg seine seit Jahren gegen den Alkoholismus der Fabrikarbeiter gerichteten Bestrebungen gehabt haben. Zu diesem Zwecke hat er vor einiger Zeit die nachstehende Rundfrage an die Verbandsmitglieder ergehen lassen:

1. Welche Maßnahmen haben Sie in Ihrem Betriebe zur Bekämpfung des Alkoholismus getroffen?
2. Welche Erfolge haben Sie mit Ihren Maßnahmen erzielt?
3. Welche Beobachtungen haben Sie außerhalb Ihres Betriebes hinsichtlich des Alkoholgenusses Ihrer Arbeiter gemacht; insbesondere haben sich Arbeiter von Ihnen der Mäßigkeitsbewegung angeschlossen?
4. Haben Sie außer den vom Verband Ostdeutscher Industrieller aufgestellten Leitfäden noch Vorschläge zur Bekämpfung des Alkoholismus der Arbeiterschaft zu machen?

Die eingelaufenen Antworten, die in Nr. 16 des Verbandsorgans Ostdeutscher Industrieller veröffentlicht werden, sollen den Behörden, u. a. dem kaiserlichen statistischen Amte in Berlin, das darum gebeten hat, übermittelt werden. Die antwortenden Industriellen sind nicht genannt, sondern mit laufenden Nummern bezeichnet. Eine Nachkontrolle der Wahrheit der Angaben ist also ausgeschlossen. Und das scheint im Interesse der Unternehmer auch sehr notwendig zu sein, denn hören wir nur, was für Wunderdinge von den alkoholfeindlichen Unternehmern entdeckt worden sind. Es wird geantwortet:

Auf Frage 1:

Es ist Gelegenheit zum Anwärmen von Kaffee, Tee oder anderen Getränken geboten, die im warmen Speiseraum eingenommen werden können. Betrunkene Arbeiter werden entfernt. Es kommen jedoch Agitatoren auf die offenen Hofplätze, welche Flugblätter verteilen und die Leute — vielfach Altkondarbeiter — in nahegelegene Wirtschaften einladen, um sie dort noch ungehörter behufs Beitritt zu den Organisationen zu bearbeiten.

Auf Frage 2:

Direkte Maßnahmen konnten nicht getroffen werden. Vorhaltungen sind ohne Erfolg. Entlassungen bei wiederholter Trunkenheit werden als Maßregelung aufgefaßt und politisch in den Versammlungen ausgebeutet.

Zu Frage 3:

Nein, uns ist nichts davon bekannt. Früher übte die katholische Kirche einen großen Einfluß auf die Trunkenbolde aus, indem sie die Leute zwang, dem Schnaps abzuschwören; heute hat diese Einwirkung sehr nachgelassen, wohl hauptsächlich infolge sozialdemokratischer Einflüsse.

Nur von wenigen meiner Arbeiter ist mir bekannt, daß sie außerhalb des Betriebes dem Alkoholgenuss huldigen. Der weitaus größte Teil meiner Arbeiter gehört teilweise christlichen Arbeitervereinigungen und Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften an. Von beiden Vereinen ist mir bekannt, daß sie die Mäßigkeitsbewegung unterstützen.

Seit etwa drei Jahren kommt es häufiger vor, daß Monteur, welche früher als durchaus nüchtern anzusehen waren, wenn sie hinausgeschickt wurden, schon an der Arbeitsstelle betrunken anlangten. Ich kann diesen Umstand nur den Agitatoren zuschreiben, welche alle Mittel

und Wege anwenden, um die Leute an sich zu fesseln, schließlich auch den Alkohol.

Außerhalb des Betriebes wird — seitdem die Löhne so erheblich in die Höhe gegangen sind — sehr viel getrunken, und die Familien haben unter dem Genuß von Alkohol sehr zu leiden. Vielfach sind an diesem übertriebenen Alkoholgenuss die fleißigen Frauen schuld, die für ordnungsmäßige Wirtschaft nicht sorgen und infolgedessen dem Mann den Aufenthalt in den Kneipen angenehmer machen als in der Häuslichkeit. In der Hauptsache aber wird von halbblödsinnigen Burschen, welche noch vor der Militärdienstzeit stehen, getrunken, während sich unter den älteren Leuten nur immer bestimmte Schnapstrinker befinden, die man leicht aus dem Betriebe ausschließen kann. Dagegen ist das Trinken unter den 16- bis 22jährigen Burschen in erschreckender Weise vorgeschritten. Es ist unglücklich, welche Verrohung gerade unter den jungen Leuten eingetrisen ist.

Zu Frage 4:

Es muß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, sich in ihrer eigenen Wirtschaft zu betätigen. Die allmählich herabgesetzten Arbeitszeiten geben dem Arbeiter Veranlassung, seine freigeordnete Zeit in Kneipen zu verleiben. Schlechte Wohnungsverhältnisse, große Familie usw. treiben ihn aus seiner engen Mietwohnung. Eigenes Haus mit Gartenland hilft hier am meisten. Dies läßt sich zwar leider nicht überall durchführen, muß aber trotzdem allmählich angestrebt werden. Es geht langsam, aber es geht, wenn man nur will.

Von dreißig Industriellen, die auf Frage 3 geantwortet haben, teilen acht mit, daß sie sich — nicht erfolglos — bemühen, ihre Arbeiter Mäßigkeitsvereinen wie „Blaues Kreuz“ und „Guttemplerorden“ zuzuführen. Um die ganze Perfidie einiger dieser Auskünfte zu ermessen, muß man wissen, daß gerade die sozialdemokratischen Organisationen in Ostpreußen seit Jahren einen zähen und erfolgreichen Kampf gegen den Alkoholismus führen.

## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

Im Wahlkreis Nürtingen in Württemberg legte der 1905 mit 15 Stimmen Mehrheit gewählte sozialdemokratische Abgeordnete das Mandat nieder. Bei der Nachwahl standen sich 1552 sozialdemokratische, 1389 demokratische und 1710 bauerbündlerische Wähler gegenüber. An dem bedauerlichen Stimmenrückgang von 489 Stimmen gegen 1906 war die Mandatsniederlegung hauptsächlich schuld. Auch die Liberalen hatten einen Rückgang von 200 Stimmen. Vor der Stichwahl trat der liberale Kandidat zurück. Die Liberalen gaben für den Bauernbund Barole aus, während die süddeutsche Volkspartei Wahlfreiheit proklamierte, mit der Einschränkung, daß der Bauernbündler nicht unterstützt werden dürfe. Es gelang unseren Genossen, das Mandat mit 37 Stimmen Mehrheit (2755 gegen 2718) in der Stichwahl zu behaupten. Für den verstorbenen Genossen Klob fand eine Nachwahl nicht statt. Auf Grund der für die Stuttgarter Wahlen gültigen Listen- und Verhältniswahl rückte Genosse Reichel ohne weiteres an die Stelle von Klob.

In Baden liegen bei einer Nachwahl in Schopfheim-Schönau die Stimmen der Sozialdemokratie von 777 (1905) auf 1070. Für die Stichwahl wurde der sozialdemokratische Kandidat zurückgezogen, was in Baden möglich ist, zugunsten des Liberalen, der infolgedessen über den Zentrumskandidaten mit 3014 gegen 2228 Stimmen siegte.

Im Dezember v. J. fanden in Braunschweig Landtagswahlen statt, bei denen das geltende plutokratische Klassenwahlrecht einen sozialdemokratischen Mandaterfolg unmöglich machte. In Braunschweig 3 kam unser Kandidat infolge der Zersplitterung der Gegner in die Stichwahl, in der er mit 42 gegen 50 Stimmen seinem großkapitalistischen Gegner unterlag. In der Stichwahl hatten acht verärgerte mittelständlerische Wahlmänner sich den 84 sozialdemokratischen Wahlmännern zugesellt. Bei den Wahlmännerwahlen schnitt

die Sozialdemokratie in den Orten gut ab, in denen die Organisation eine gute ist.

Im Herzogtum Gotha stiegen die sozialdemokratischen Stimmen gegen 1904 um 1881 von 10 434 auf 12 430. Dabei erhielten wir in 57 Orten keine Stimmen, weil wir keine Wahlmänner aufstellen konnten. In zwei Bezirken fehlten uns nur 1 bzw. 2 Stimmen an der Mehrheit. Ein von Wolkenbrüchen begleiteter Orkan, der stundenlange Zugverspätungen infolge Dammzerstörungen mit sich brachte, hatte eine große Anzahl im Erfurter Gebiet arbeitende Genossen an der rechtzeitigen Ausübung ihres Wahlrechts verhindert. Der Reichsverband gab sich vergebliche Mühe, der Sozialdemokratie durch seine gehässige Kampfweise zu schaden. An Stelle der 6 Sozialdemokraten des vergangenen Landtages zählten 7 in den neuen Landtag ein. Auch im Koburgischen stiegen die sozialdemokratischen Stimmen, in einzelnen Bezirken auf das Doppelte. Im 1. Koburger Bezirk setzte der sozialdemokratische Kandidat, so daß im gemeindefürstlichen Landtag der Herzogtümer jetzt 8 Genossen sitzen.

Eine Ersatzwahl fand in Sachsen-Mittelelbe im Dezember v. J. statt. Unsere Stimmenzahl stieg gegen das Vorjahr von 992 auf 1037, das Mandat wurde behauptet.

In Neuß jüngere Linie behaupteten wir bei den Landtagswahlen am 30. September v. J. den 3. und 4. Kreis. Unsere Stimmenzahl stieg im 3. Kreise von 1089 auf 1229, im 4. vom 1419 auf 1788. Der 5. Kreis ging uns verloren, trotzdem die Stimmen von 484 auf 643 stiegen. Außerdem verloren wir den 2. Kreis in der Stichwahl, da es die vereinigen bürgerlichen Parteien auf 817 gegen 689 sozialdemokratische Stimmen brachten. Dagegen gelang es uns, den 6. Kreis zu erobern. Mit Recht wird in Neuß darüber geklagt, daß es viele Arbeiter nicht für notwendig halten, sich naturalisieren zu lassen.

In Neuß ältere Linie beteiligten sich unsere Genossen im Juni v. J. im 6. Wahlkreise an den Landtagswahlen. Trotz Steigerung der Stimmenzahl konnten sie kein Mandat erobern.

In Hamburg besaß unsere Partei nach der vorjährigen halbseitigen Erneuerung der Bürgerschaft 19 Mandate. Am 9. November v. J. eroberte die Sozialdemokratie bei einer Ersatzwahl den 50. Bezirk mit 235 Stimmen, während die liberalen Gegner 149 und 85, also zusammen 234 Stimmen erhielten. Am 21. Februar d. J. stiegen wir in der Stichwahl im 45. Bezirk bei 98 Proz. Wahlbeteiligung mit 229 Stimmen über den Kandidaten der wahlrechtskräuterischen Linken, der es auf 178 Stimmen brachte. 9 Stimmen waren ungültig. In der Hauptwahl waren unsere Stimmen gegen 1904 um 40 auf 184 gestiegen. Unsere Stimmen hatten gegen die Hauptwahl um 45 zugenommen. Der linke Flügel der Liberalen hatte gegen den bürgerlichen Stichwahlgegner, einen ausgeprägten Gegner des Wahlrechtssturzes, entschieden Stellung genommen. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft zählt also jetzt 21 Mitglieder.

Wenig erfreulich war der Ausfall der Wahlen in Schwarzburg-Sondershausen. Hier wären Erfolge der Sozialdemokratie möglich, wenn unter der Arbeiterschaft nicht eine ungläubliche Laubheit herrschte. Da die Wahl öffentlich ist, bleiben die kleinen Geschäftsleute zu Hause. Würden die Arbeiter geschlossen antreten, so müßte ihren Kandidaten der Sieg zufallen. Es sind aber selbst organisierte Genossen, z. B. in Groß-Weitenbach, in größerer Anzahl der Wahl ferngeblieben. Ein solches Verhalten kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

In Bremen behaupteten wir bei einer Ersatzwahl den 6. Bezirk mit 282 gegen 242 Stimmen. Gegen die Wahl im Jahre 1905 waren sowohl die sozialdemokratischen als auch die gegnerischen Stimmen zurückgegangen.

Bei den Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft ist in der 1. Klasse auf einen sozialdemokratischen Sieg nicht zu rechnen, dank der 1905 durchgeführten schwachvollen Wahlrechtsverkürzung. In der 2. Klasse siegten unsere Genossen mit 714, 1013, 728 und 546 Stimmen über die vom Reichsverband geführten Gegner, die es nur auf 310 bis 395 Stimmen brachten. Damit hat unsere Partei in Lübeck vier weitere Bürgermandate erobert.

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Verstaeter.

(31. Fortsetzung.)

„Was wollt Ihr tun, Jacky?“ rief aber dazwischen sprengend Katurru, indem sein Auge in Wut und Ingrimm blitze, und die schwarze, mit Fett und Blut beschmierete Gestalt einem der Hölle entstiegenden Dämon gleich, „den Weissen wollt Ihr helfen? — gegen die Schwarzen kämpfen? Hab ich Euch deshalb befreit?“

„Zurück, Katurru!“ schrie Mac Donald in wilder Aufregung. „Du hast Dich geteert, wenn Du glaubtest, daß ich Dir meinen Arm zu Nord und Brandstiften leihen sollte. — Zurück, oder beim ewigen Gott!“

„Welcher Hund!“ brüllte da in ungezügelter Wut der Schwarze, indem er seine kurze, schwere Wurfkeule um den Kopf schwang und mit Blitzschnelle nach der Stirn des Weissen hieb. Mit solcher Gewalt und in solcher Nähe war dabei die Waffe geführt, daß sie den Schädel des auserselbenden Opfers, wenn sie ihn ordentlich traf, zerhacken mußte, aber Mac Donalds linker Arm fuhr zur rechten Zeit empor, der niederstehenden Waffe zu begegnen. Seine eisernen Finger ergriffen das Handgelenk des Feindes und schleuderten den Arm zur Seite, während die Rechte das eine Pistol aus der Holster riß und auf die Brust des Angreifers richtete.

Katurrus Arm zuckte noch einmal wie zum Wurf zurück, aber die gefürchtete Mündung der Schußwaffe schreckte ihn. Er warf sein Pferd herum, und drohend den Arm noch gegen die Weissen schwingend, verschwand er gleich darauf den steilen Hügel hinab.

Mac Donald schaute ihm nicht einmal nach. Sobald der unmittelbare Angriff des Wütenden abgewehrt war, hatte er nur Auge und Sinn für die Rettung der Verbroschten. Mit dem kleinen Schlüssel öffnete er die Eisen, die er aufgriff und weit von sich in den Busch schleuderte, und dem Offizier dessen Pistolenholster hinüberreichend, rief er mit heiserer angstbeklemmter Stimme:

„Jetzt vorwärts, Sir, vorwärts, wenn Ihr selig zu werden hofft!“

Zugleich durchschnitt er die Leine, die Walters Pferd noch mit dem seinen zusammenhielt, und seinem Tier die

Sporen eindruckend, flog er, von jenem gefolgt, in wilden Sägen den Gang hinunter, der Salzbuschebene zu und darüber hin, von wo der Rauch ihm nur zu fürchtbar deutlich die Stelle zeigte, auf der die Hilfe nötig war.

XV.

Der schwarze Krüppel.

Still und öde lag die sonst so lebendige Station an diesem Morgen, an dem der alte Herr, um die trüben Gedanken zu vercheuchen, mit denen die Szenen des letzten Abends sein Herz erfüllt, selber sein Pferd bestiegen hatte, in Begleitung seiner Söhne wie seiner Stockepeer in den Busch zu reiten, um eine Herde Pferde aufzutreiben. Nur Bill war diesmal mit einem Hüttenwächter und den Frauen zurückgeblieben, da der andere Stockepeer hatte müssen auf die Station geschickt werden, den durch die Flucht Lohys leer gemordeten Platz auszufüllen. An Gefahr dachte niemand, da die schwarze Holzkeule ja noch jedenfalls ganz in der Nähe war, und die Eingeborenen gewöhnlich die Gegend, in der sich die Gefürchteten aufhielten, gänzlich mieden. Der schwarze Krüppel aber, den sie noch dazu in den letzten Tagen mit Wohlthaten überhäuft, konnte ihnen kein Leid zufügen.

Dieser schien sich übrigens an diesem Morgen auch um niemanden zu kümmern, sondern nur mit seinem Feuer beschäftigt zu sein, an dem er schürte und fachte. Der kleine Bursche, der noch immer bei ihm aushielt, mußte Holz und Rinde ganze Arme voll herbeischaffen. Kaum aber hatten die Weissen den Platz verlassen und waren mit ihren Pferden in den Malleyhügeln verschwunden, als er sein Feuer in drei, vielleicht sechs Fuß von einander getrennte Abteilungen schied, und, als sie hoch aufloberten, mit faulem Holz und feuchter Rinde so lange nährte, bis von jedem ein schwarzer, dünner Rauchfaden in die klare Luft emporstieg.

In der Station selber achtete niemand auf ihn. Nur der Hüttenwächter hatte seinem Treiben erkaunt zugehört und große Lust, einmal zu ihm hinaufzugehen und ihn zu fragen, ob er denn heute seinen ganzen Holzvorrat auf einmal verbrennen wolle. Ihn interessierte das Holz nämlich insofern, als er für den Rindchen- und Hausbedarf die Feuerung herbeischaffen mußte, wobei ihm die holzverwäsenden Schwarzen, die alles Brennbares aus der Nähe zusammenkloppten, schon lange ein Dorn im Auge gewesen waren.

Um ihn aber zu fragen, hätte er den Sandhügel aufsteigen müssen, und da er sich heute von jeder Aufsicht befreit sah, war ihm das zu un bequem. So, behaglich vor seiner Hütte ausgehockt, schaute er dem wunderlichen Wirtschaften des Krüppels eine ganze Weile zu, bis ihm die Augenlider schwer wurden.

Wie lange er so gelegen, mußte er selber nicht, als er plötzlich durch laute, lärmende Stimmen geweckt wurde. Erschrocken fuhr er auf, denn er glaubte, sein Herr sei vielleicht zurückgekehrt. Da sah er, wie von dem Sandhügel, auf dem Magyulloman noch immer zwischen seinen Feuern saß, eine Schar mit Speeren und Bumerangs bewaffneter Schwarzer niederstieg und gerade auf ihn zukam.

„Hat der Henker die dummläufigen Schufte richtig wieder zurückgeführt“, brummte der Mann halblaut vor sich hin, „das Schöpfenfeisch mag ihnen geschmeckt haben, kann ich mir ebenfalls denken; aber ich will verdammt sein, wenn sie von mir auch nur einen Knochen herausbekommen. Will der Herr die schwarzen Hunde mästen, mag er es meinet halben tun, ich helfe aber nicht dabei.“

Die Schwarzen — acht Männer — und einige davon mit Weiß und Rot bemalt, kamen indessen ziemlich ungeordnet dicht heran, und der eine ging ohne weiteres auf den Hüttenwächter zu und sagte in seinem schauerlich gebrochenen Englisch:

„Komm, gib Tabak und Mehl, schnell. Ich Mehlstak Geld — viel — mach rasch.“

„Du, weißes Geld?“ sagte der Wächter, ein alter lauer-töpfcher Bursche, der ebenfalls auf einen Urlaubsschein seiner Gast als Sträfling schon vor längeren Jahren entlassen worden; „Du läßt mir gerade aus, als ob Du weißes Geld in der Bäckentafel herumtrügst. Hier wird nichts verkauft, Master ist nicht da. Wenn er wiedertommt, kannst Du kaufen.“

„Du, mach rasch!“ sagte aber der Schwarze und stieß den Hüttenwächter an die Schulter, „geschwind — hörst Du?“

„Gott verdamme mich!“ rief dieser wütend aus, „rühr mich noch einmal an, und ich schieße Deine ganze Hande über den Haufen.“

Es blieb ihm keine Zeit, mehr zu sagen. Einer der Schwarzen schlug ihm mit einem Wadde auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammensank, und alle übrigen stiegen ihre

Im **effektiv-lothringischen** Landesauschuss wird die Sozialdemokratie weiter unterdrückt sein, da sie bei den Gemeindevahlen in den Städten unterlag und nur auf diesem Umweg ein Sozialdemokrat in das Straßburger Notablenparlament gelangen kann. Bei der Mezer Bezirkswahl kam Genosse Schleicher im August vorigen Jahres in Stichwahl, in der er mit 581 Stimmen seinem Gegner unterlag. Bei der Hauptwahl waren unsere Stimmen gegen die vorige Wahl von 230 auf 461, also um das Doppelte gestiegen.

Am Ende des Berichtsjahres sitzen in 19 deutschen Bundesstaaten 151 Abgeordnete in den Landtagen gegen 188 in 18 Staaten zu Anfang des Jahres. Es entfallen davon auf:

Wagern	21	Schwarzburg-Rudolstadt	7
Hamburg	21	Oldenburg	4
Bremen	17	Sachsen-Weimar	3
Württemberg	15	Sachsen-Altenburg	3
Baden	12	Reuß jüngere Linie	3
Soburg-Gotha	8	Lippe	3
Albed	8	Anhalt	3
Preußen	7	Sachsen	1
Ossen	7	Schaumburg-Lippe	1
Sachsen-Meiningen	7		

### Nachwahlen zum Reichstag.

Vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 fanden 7 Nachwahlen zum Reichstag statt. Die Nachwahlen betrafen durchweg Kreise, in denen eine Eröberung des Mandats für die Sozialdemokratie noch ausgeschlossen ist. Erfahrungsgemäß ist es bei solchen Nachwahlen schwer, die bei den vorhergegangenen allgemeinen Reichstagswahlen abgegebenen Stimmzahlen zu halten. Bei allgemeinen Wahlen sind auch in diesen Kreisen die Arbeiter zur Wahl zu bringen, weil jede Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen den Millionenprotest gegen das herrschende System steigert. Am 4. Juli 1907 fanden in 3. oldenburgischen Wahlkreise (Wescht-Kloppenburg) und im 5. mittelfränkischen (Inkelsbühl) Nachwahlen statt, an denen sich die Genossen der beiden Wahlkreise nicht beteiligten. 1907 hatten im ersteren 3215, im letzteren 625 Wähler sozialdemokratisch gewählt. Die Nichtbeteiligung wurde damit begründet, daß eine sozialdemokratische Wahlbeteiligung auf das Endergebnis ohne Einfluß sei und kein Anlaß vorliege, unter den alten Wählerlisten fünf Monate nach den Hauptwahlen erneut die Wählerzahl der Sozialdemokratie festzustellen. Zur Regel darf in Kreisen mit immerhin erheblicher sozialdemokratischer Stimmzahl solche Nichtbeteiligung bei Nachwahlen nicht werden. Bei den Nachwahlen im 1. sächsischen Wahlkreise (Darm-Fränk) und 7. sächsischen (Krotoschin) kam die Sozialdemokratie nicht in Frage. Auch 1907 wurden in diesen dunkelsten Winkeln Deutschlands noch keine Stimmen für unsere Partei abgegeben. Im 7. Doppelner Wahlkreise (Weg-Rohr) erhielt der sozialdemokratische Kandidat 1907: 37 Stimmen. Bei der Ersatzwahl am 23. Januar 1908 wurden 345 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben. Am 19. März 1908 wurde über das durch den Tod des Fürsten von Jnn- und Kniphhausen erledigte Mandat im 1. hannoverschen Wahlkreise (Emden-See) entschieden. Unsere Stimmzahl ging von 3711 auf 2916 Stimmen zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Emden auch nicht nur die Bautätigkeit darniederlag, sondern auch infolge der schlechten Arbeitsverhältnisse auf der Werft und im Hafen von Emden gegen 1907 zahlreiche Arbeiterwähler verzogen sind. Die Agrarier hatten an Stelle des verstorbenen konservativen Abgeordneten einen antisemitischen Rechtsanw. aufgestellt. Die Antisemiten führten den Wahlkampf in der gewohnten wässrigen Weise, was viele bürgerliche Wähler abstieß und dem freisinnigen Kandidaten, einem Domänenpächter, zugute kam. Eine Kreisversammlung unserer Organisation beschloß, für die Stichwahl den sozialdemokratischen Wählern Stimmhaltung zu empfehlen und zwar mit besonderem Hinweis auf das gleichzeitige volksverräterische Verhalten der Blockfreisinnigen des Reichstags bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes. Diese Parole scheint aber nicht allenthalben befolgt worden zu sein. Bei der Stichwahl wurden nur 563 Stimmen weniger abgegeben als bei der Hauptwahl und bedeutende Reserven dürften die bürgerlichen Parteien nicht mehr gehabt haben. Der Freisinnige, dessen Sieg durch die Unterstützung des Gros der ausgefallenen 4581 Nationalliberalen sicher war, schlug in der Stichwahl mit 12 687 Stimmen seinen antisemitischen Gegner. Am 30. Juni d. J. fand im 1. Bromberger Wahlkreise (Garnitau-Fischne), in dem 1907 unsere Stimmzahl gegen 1903 von 750 auf 1327 gestiegen war, für den verstorbenen Abgeordneten Hindler (kon.) eine Ersatzwahl statt. 1008 Wähler stimmten 1908 für unsere

Partei. In der Stichwahl blieb der Kreis den Konservativen erhalten.

### Gemeindevahlen.

Die Stadtverordneten- und Gemeindevahlen verliefen, solange die Sozialdemokratie sich noch nicht an den Wahlen beteiligte, meist sehr idyllisch. Das Eingreifen der Sozialdemokratie belebte die Wahlbewegung allenthalben und förderte so das Interesse der gesamten Bevölkerung an den hochwichtigen Gemeindeangelegenheiten. In dem größten Teile Deutschlands verhindern raffinierte Klassenwahlssysteme, verbunden mit öffentlicher Abstimmung, die Sozialdemokratie die Interessen der überlegenden Mehrheit der Einwohner in den Kommunen entscheidend zur Geltung zu bringen. Den Besitzenden und Wohlhabenden ist in der 1. und 2. Klasse die Mehrheit gesichert und ihre Vertreter sind in der Lage, die praktische Mitarbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu hemmen und zu hindern. Je mehr es den sozialdemokratischen Gemeindevertretern einer Gemeinde gelingt, durch unerschrockene Kritik der kommunalen Klassenherrschaft und durch unermüdliches Einbringen von Anträgen, die im Interesse der minderbemittelten Klassen liegen, Einfluß auf die Gemeindegewalt zu erlangen, desto enger schließen sich auch in Gemeindegewalt die bürgerlichen Parteien zusammen. Die bestehenden Klassen fürchten die Sozialdemokratie wegen ihrer positiven Arbeit, deren Durchführung an den Geldbeutel der Besitzenden höhere Ansprüche stellt. Wo aber gar ein freieres Wahlrecht den Minderbemittelten erlaubt, ihre Stimme gebührend zur Geltung zu bringen, da steigert sich die Furcht vor der Sozialdemokratie zu wüstem Haß. Die Steuerherrscher der Besitzenden stecken die scheinbar selbstständigen, verfallenden Mittelschichten an und die Gemeindevahlkämpfe werden unter großer Beteiligung und so erbittert geführt, wie nur ein heißer Reichstagswahlkampf geführt werden kann. So war es z. B. in Offenbach am Main, wo von 10 720 eingeschriebenen Gemeinderatswählern 9188 im November v. J. ihr Wahlrecht ausübten. Die sozialdemokratische Mehrheit hatte einschneidende Reformen durchgeführt: Aufhebung des städtischen Oktrois, Übernahme der Straßenbahnen in eigener Regie, Umgestaltung der Lenkmittel und der Geburthilfe. Diese Reformen hatten zu einer Erhöhung der direkten Steuern geführt, was der Fabrikantenkongress im Wahlkampf ausnützte. Trotz alledem hätten die Gegner die rote Fahne nicht vom Offenbacher Rathaus herunterholen können, wenn nicht in letzter Minute infame Wähligen über angelegliche Spekulationen mit städtischen Geldern die Einwohner in Aufregung gesetzt hätten. Andererseits konnten viele Arbeiter wegen Steuerrückständen ihr Wahlrecht nicht ausüben. Trotz alledem erfochten die vereinigten bürgerlichen Gegner nur einen Pyrrhussieg. Die bürgerliche Liste brachte es im Mittel auf 4714, die sozialdemokratische auf 4474, also auf ganze 240 Stimmen Mehrheit. Ab 1. Januar d. J. sitzen 23 Bürgerliche neben 13 Genossen im Offenbacher Rathaus.

Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Elßaß-Lothringen, wo Ende Juni die Gemeinderatswahlen in den Städten mit einer Niederlage der sozialdemokratischen Partei endigten. Trotzdem die sozialdemokratischen Stimmen in Straßburg um 2000 zunahm, unterlag die Partei in den vier Wahlbezirken den vereinigten Gegnern und verlor damit 16 Sitze. Ebenso siegte in Mülhausen die Blockliste, während in Colmar ein demokratisch-meritales Block über die getrennt marschierenden Liberalen und Sozialdemokraten siegte. Die sozialpolitische Tätigkeit unserer Genossen im Straßburger und Mülhauser Rathaus und die Erhöhung der Steuern führten dazu, daß die Gemeindevahlkämpfe des Reichslandes als erbitterter Klassenkampf ausgefochten wurden. Wenn die Sozialdemokratie daneben in Maxkirch fünf Mandate gewann, weil die dortigen Genossen sich einem Kompromiß aller Parteien angeschlossen hatten, so will das nichts heißen. Solche Mandate können nicht als erobert gelten. Es ist dringend zu wünschen, daß solche Wahlkompromisse allerorts aufhören. Solche Wahlkompromisse vertiefen den Wählern das Wählen und hindern die Genossen daran, die Forderungen des auf kommunalem Felde besonders fruchtbar Sozialismus vor den Wählern energisch zu vertreten. Für unsere elßaß-lothringischen Genossen muß der Ausfall der Wahl eine Mahnung sein, die Organisation auszubauen. Die Organisationsverhältnisse bedürfen dort dringend der Besserung.

Die Verluste in Elßaß-Lothringen und in Offenbach am Main sind nur vereinzelte Erscheinungen. Im allgemeinen hat die Sozialdemokratie ihre Position in den Gemeinden nicht nur behauptet, sondern manchen schönen Sieg dazu erfochten. Wir verzichten darauf, die Namen einer großen

Anzahl von Städten und Landgemeinden, in denen die Sozialdemokratie im Berichtsjahre Gemeindevahlfolge erzielte, aneinanzureihen, weil eine solche Liste ja immer unvollständig bleibt. Aus der langen Reihe der Siege wollen wir nur den Sieg in Karlsruhe in Baden hervorheben, wo die Sozialdemokratie die 32 Mandate der dritten Klasse mit 4820 gegen 3366 gegnerische Stimmen eroberte, so daß weitere 18 Sozialdemokraten gewählt sind. Unsere Stimmen sind gegen 1905 um 1400 gestiegen. Die Folge dieses glänzenden Sieges war, daß zwei Sozialdemokraten ihren Einzug in den Stadtrat der badischen Haupt- und Residenzstadt hielten.

In Württemberg trat am 1. Dezember vorigen Jahres die neue Gemeindeordnung in Kraft. Die Erwerbung des Gemeindevahlrechts ist von der Vollendung des 25. Lebensjahres, dem Besitz der Staatsangehörigkeit, einer mindestens dreijährigen Ortsanwesenheit und dem Nachweis einer mindestens dreijährigen Steuerzahlung abhängig. Für die 14 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern trat die Verhältniswahl an Stelle der Mehrheitswahlen, so daß auch die Minderheiten auf dem Rathaus dieser Städte Vertretung finden können. Bei den württembergischen Gemeinderatswahlen, die im Dezember vorigen Jahres stattfanden, wurden in 56 Gemeinden 86 Gemeinderäte gewählt, davon 25 wieder- und 61 neu gewählt. Dem bayrischen Landtag ging im Juni dieses Jahres eine Regierungsvorlage zu, nach der für die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern die regel-

Agitationsbezirke	Zahl der Gemeindevahl-Vertretern		Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in	
	Städte	Landgemeinden	Städte	Landgemeinden
Westpreußen	1	1	3	1
Groß-Berlin	8	64	115	144
Brandenburg	12	41	48	136
Pommern	1	2	11	2
Schlesien (Breslau)	1	17	2	59
" (Wrocław)	3	23	9	29
" (Oberlangendielau)	1	22	2	41
Pr. Sachsen (Magdeburg)	7	28	29	59
" (Halle)	13	71	24	121
" (Erfurt)	3	13	4	35
Schleswig-Holstein	6	33	12	82
Hannover	—	11	—	27
Westfalen (Bielefeld)	7	20	29	43
(Dortmund)	2	53	6	90
Rheinprovinz (Köln)	—	3	—	8
(Elsfeld)	18	14	92	27
Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.)	8	65	30	160
(Kassel)	3	13	15	35
Nordbayern	8	40	26	89
Südbayern	4	2	17	5
Pfalz	8	24	44	57
Dresden	10	253	29	513
Sachsen	21	146	66	411
Leipzig	9	86	49	158
Zwickau	12	40	31	104
Württemberg	33	94	88	250
Baden	24	73	274	984
Hessen	11	107	38	297
Mecklenburg	5	—	23	—
Thüringen (Weimar)	10	16	28	40
(Jena)	7	27	13	104
Sachsen-Altenburg	9	33	32	66
Gotha	1	29	6	108
Oldenburg	6	16	42	47
Braunschweig	5	16	20	41
Sachsen-Meiningen	3	7	3	28
Anhalt	13	17	34	43
Hamburg	—	10	—	30
Bremen	5	22	29	56
Bübeck	—	—	—	—
Elßaß-Lothringen	9	16	37	41
Summa	307	1558	1360	4571
		307		1360
Insgesamt	1865			5931

Sperre mit wildem Jubelschrei in seinen Körper. Das war das Zeichen zum allgemeinen Angriff, und von drei, vier verschiedenen Seiten tauchten jetzt noch andere bemannete Trupps auf, von denen die Mehrzahl gegen das ihnen gut genug bekannte Vorratshaus sprang und dessen Tür erbrach, während etwa acht oder neun nach dem Wohnhause zuliefen.

Sarah hatte an dem Fenster gestanden und still und traurig auf den Strom hinausgeschaut, als der erste Lärm ihre Aufmerksamkeit dorthin lenkte. Mit einiger Räte schloß ihr aber da der Gedanke an die vor ihr auftauchende furchtbare Gefahr ins Herz, denn schon die Möglichkeit eines Überfalles dieser wilden Scharen hatte besonders die Frauen bis dahin stets gesäubert, und ihnen manche sonst frohe Stunde verbittert und betrübt. Und jetzt — sollte das furchtbare Wahre werden. Wills Stimme brachte sie da erst wieder zu sich selber.

Der Knabe hatte die Schwarzen von dem Hügel hernieder kommen sehen, und war eben im Begriff gewesen, in seiner letzten Weile vor das Haus zu treten, um den Hüttenwächter zu unterstützen, als der Lärm des Unglücklichen ihn erst die Gefahr ahnen ließ, in der sie alle bei einem Angriff der blutgierigen Wilden schwebten. Rasch entschlossen indes, und weit über seine Jahre schon hinaus gereift und gekraftigt, warf er die Tür ins Schloß, schob den Kiegel vor und rief die Schwestern herbei, die unteren Läden zu schließen, während er selber mit dem aufgeschrienen Gewehr die Treppe hinaufsprang, um den ersten Angriff von dort zurückzuweisen. Es war das auch die höchste Zeit gewesen, denn schon umsprangen die Vorläufer der Horde die kleine Wohnung, um irgend einen Eingang zu finden, während die übrigen die Vorräte zu plündern angingen, als Will mit der doppelläufigen Flinte oben an das Fenster trat, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, einen der Wildesten und Wütendsten der Bande über den Haufen schoß.

Der Schuß war zur rechten Zeit gefeuert worden. Vor Gewehren haben diese Wilden noch einen ganz besonderen Respekt, und alle suchten im ersten Augenblick so rasch als möglich aus dem Bereich des tödlichen Rohres zu kommen. Dadurch gewannen die vor Schrecken und Angst halbtoten Frauen Zeit, die unteren Läden zu schließen, durch die sich die Schwarzen sonst mit Leichtigkeit einen Weg gebahnt hätten, und Sarah trug dem Bruder jetzt die anderen Gewehre hinanz, die immer geladen in einer der unteren Stuben lagen.

Der Schuß hat die Kanaiilen zurückgetrieben," jubelte Will, und unsere Freunde draußen werden es hören. Wenn wir uns nur eine halbe Stunde halten, muß Hilfe kommen."

"Wir sind verloren," stöhnte jetzt Sarah, entsetzt auf einen Stuhl niederstürzend. "Großer Gott, und jede Hilfe fern — die ganze Station wie ausgestorben. Alle — alle fort."

"Hält' ich nur Georg und Mr. Bale oder Mac Donald hier," murmelte Will vor sich hin, "das sollte eine Freude werden, wie wir die schwarzen Kanaiilen pfeffern wollten. Da guck schon wieder einer vor, zeig nur dein schwarzes Fell noch einen Zoll breiter, mein Bursch, und ich will es dir zeigen."

"Oh, schieße nicht, wenn Du nicht mußt," bat Sarah. "Du reizest sie ja sonst noch immer mehr."

"Reizen?" rief aber Will zurück, "sie haben Blut gezogen und tun jetzt doch einmal ihre Schlimmstes. Aber nimm die eine Flinte, Sarah, und schieße aus dem andern Fenster ab."

"Ich kann nicht morden," stöhnte das junge Mädchen. "Ah bah," rief der Knabe unwillig, "heut haben wir keine Zeit zu Gewissensstrampeln, unser Blut oder ihres. Aber schieß selbst nur in die Luft oder nach dem Vorratshaus hinüber. Wenn sie es von zwei Seiten knallen hören, halten sie uns für stärker, als wir sind, und draußen hören es die Unseren doch vielleicht."

Sarah tat, wie ihr geheißsen. Mit Gewehren hatte sie schon seit den vielen Jahren im Busche umgehen gelernt. Die Schwarzen schienen aber den Angriff gegen das Haus aufgegeben zu haben und sich mit der Plünderung des Vorratshausers zu begnügen, die Will nicht verhindern konnte. Den alten Männern des Stammes lag aber nicht allein an dem Raub, der ihnen hier mit leichter Mühe reiche Beute öffnete; auch Rache für das vergossene Blut der Ihren wollten sie; und während die Hälfte der Schar den Raub in Sicherheit brachte, trugen jetzt andere Brände herbei, die sie in die dicht an das Haus grenzende Küche schleppten und diese in Brand steckten. Von dem Dach der Küche geschickt, drangen sie in dessen gegen die in das Haus führende Tür vor und suchten diese zu sprengen, bis Will hinuntereilte und sein Gewehr durch die Tür abschloß.

Unglücklicherweise hatten die Schwarzen aber unterdessen wohl gemerkt, wie schwach die Befestigung des Hauses war, und abgelenkt Will aus den verschiedenen Fenstern des oberen Stockes sämtliche Gewehre auf jede sich nur zeigende

schwarzen Feinde, von dem Rauch gedeckt, dem Haus in die Flanken, und suchten mit den Stielen ihrer kurzen Waddies die Fensterläden aufzubrechen. Feuer war ebenfalls in die Wohnung der beiden Stockkeeper geworfen, aus deren Dach die Flamme schon lichterloh emporloderte, während aus der Küche heraus die züngelnde Blut an den bürren Balken des Hauses leckte.

Will erkannte die Gefahr, in der sie sich befanden, und wußte recht gut, daß sie von der blutgierigen Horde kein Erbarmen zu hoffen hatten. Das Bewußtsein aber, der einzige Schuß seiner Mutter und Schwestern zu sein, gab dem Knaben fast übernatürliche Kräfte, und füllte sein Herz mit wunderbarer Stärke und Begeisterung. Kaltblütig wie ein im Kampf ergrauter Veteran lud er die Flinten wieder und befahl den Schwestern, die seinem Wort wie dem eines reifen Mannes gehorchten, die Mutter in das vom Feuer entfernte untere Zimmer zu schaffen, von wo aus sie im schlimmsten Falle wenigstens den Hof erreichen konnten. Mit den geladenen Gewehren blieb ihnen dann nichts anderes übrig, als sich im Freien zu verteidigen und die Feinde nur so weit entfernt zu halten, daß ihre Speere ihnen nichts anhaben konnten. Hilfe mußte ihnen ja doch endlich werden.

Da trachte und prasselte der eine Fensterladen, durch den sich zwei der verwegenen Schwarzen Bahn gebrochen, und als er dort hinüberreihen wollte, schallte der gellende Jubelschrei anderer Feinde aus dem Hintergebäude her. Zwei Speere, er sah nicht einmal, von wem geschleudert, durchbohrten zugleich, der eine seinen Kopf, der andere seinen linken Arm, und von zwei Seiten stürmten im nächsten Augenblick fünf Schwarze herein und warfen sich jubelnd auf die Frauen. Mitten zwischen sie hinein bräute Will sein Gewehr ab, da fiel auch draußen vor dem Hause ein Schuß.

"Hilfe!" schallte Elisabeths gellender Ruf durch den Lärm, als einer der Schwarzen sie umfaßte und der gesprengten Tür zuschleifen wollte. Sarah rang mit einem andern, und die Mutter lag ohnmächtig auf dem Boden. Doch ein Schuß schmetterte durch den grauen Lärm, und Will glaubte in dem Pulverdampfe die Gestalten Walkers und Mac Donalds zu erkennen, die sich auf die Schwarzen warfen. Aber eine Bumerang traf ihn in diesem Augenblick an die Stirn und warf ihn bewußtlos zu Boden.

(Fortsetzung folgt.)

mäßigen Wahlen der Gemeindebevollmächtigten, der bürgerlichen Magistratsräte, der nicht berufsmäßigen Abg. und Ersahmänner nach den Grundfragen der Verhältniswahl mit freien und verbundenen Listen stattfinden sollen. Die Vorlage ist die Folge eines bereits im Herbst 1907 gestellten Antrags der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der u. a. verlangte, daß die Wahl zu den Gemeindevertretungen nach den Grundfragen der Verhältniswahl erfolgt. Die Regierung hat die Wahlrechtsänderung auf die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern beschränkt, weil zurzeit in den bayerischen Kammern nicht mehr durchzuführen ist. Die Zweite Kammer hat die Vorlage genehmigt. Die Kammer der Reichsräte hat ihre anfänglichen Bedenken zum Teil fallen lassen. Bei Abschluß unseres Berichts sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Die Vorlage soll am 1. Oktober 1908 in Kraft treten. Der Staatsminister von Brettreich hat im Landtag ausdrücklich auf die theoretisch und praktisch großen Vorzüge des Verhältniswahlsystems hingewiesen, das sich bei den württembergischen Gemeindevahlen durchaus bewährt habe. So kommt allmählich — wenn auch vorerst nur in Süddeutschland — der Proporz, eine alte sozialdemokratische Programmforderung, bei den Gemeindevahlen zur Geltung. Zu Anfang des Berichtsjahres konnte die Sozialdemokratie mit 4996 sozialdemokratischen Gemeindevertretern rechnen. Am Schlusse des Berichtsjahres waren es nach den Angaben unserer Kreisorganisationen in 1885 Gemeinden 5931 Vertreter. Diese Zahl verteilte sich auf die einzelnen Agitationsbezirke, wie vorstehende Tabelle zeigt.

### Maifeier.

Die Maifeier hatte im Berichtsjahre in einigen Distrikten unter der schweren Krise des Wirtschaftsjahres 1908 zu leiden. Aus den meisten Bezirken wird aber über einen durchaus günstigen Verlauf der Feier berichtet, besonders aus Orten, in denen zum 1. Mai Umzüge stattfinden konnten. Wenn infolge der Depression in Handel und Industrie auch nirgends große Fortschritte zu verzeichnen waren, so ist im allgemeinen doch von keinem Rückschritt die Rede.

Für die Maifeier ist der Beschluß des Internationalen Kongresses in Amsterdam maßgebend, nach dem die Arbeitsruhe als die würdige Art der Feier anzusehen ist. Die deutsche Delegation des Internationalen Kongresses zu Stuttgart trat vor dem Stuttgarter Kongreß zusammen und beschloß, dem Kongreß keinen Antrag, die Maifeier betreffend, zu unterbreiten. Zur besseren Durchführung des Amsterdamer Beschlusses sollte von Partei und Gewerkschaften gemeinsam die Unterstützung der bei der Maifeier Gemäßregelungen geregelt werden. Die deutsche Delegation faßte folgenden Beschluß:

Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß in Stuttgart empfiehlt, die Feier am 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelungen zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelungen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politische und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt der Verständigung der Instanzen, Partei und Gewerkschaften, vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt und für welche Dauer die Unterstützung zu gewährt werden soll.

Dieser Beschluß hatte die grundsätzliche Bedeutung, daß Partei und Gewerkschaften an der finanziellen Verantwortung beteiligt sind. Über das Wie der Beteiligung sollte der Essener Parteitag entscheiden. In der kurzen Zeit zwischen der Stuttgarter und der Essener Tagung konnte eine Einigung über die in Betracht kommenden Einzelheiten nicht erzielt werden. Nach eingehender Debatte beschloß der Essener Parteitag:

Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission nach den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.

Für den Fall der Verständigung sollte schon die diesjährige Maifeier auf Grundlage dieser Verständigung stattfinden.

Die erneuten Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission zeigten, wie schwierig es ist, die Unterstützungsfrage einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Die Verhandlungen zogen sich so in die Länge, daß für die diesjährige Maifeier die gemeinsamen Vorschläge des Parteivorstandes und der Generalkommission fast ausschließlich außer Betracht bleiben mußten.

Die Vereinbarungen hatten folgenden Wortlaut:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteioffiziation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteioffiziation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Aussperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Aussperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteioffiziation und den Gewerkschaften, denen die Aussperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Aussperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Aussperrten allein zu übernehmen.

Diese Vereinbarungen fanden in den Gewerkschaftskartellen und in den Parteioffiziationen vielfachen Widerspruch. Auch die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher beschloß, daß diese Vereinbarungen für die

Schuhmacherorganisation nicht mehr bindend seien und daß nach wie vor die Gemäßregelungen aus der Kasse des Zentralverbandes Unterstützung erhalten sollten. Die Vereinbarungen wollten keinen Zentralverband, der statutenmäßig bei Aussperrungen Unterstützung zahlt, daran hindern. Nur sollte ein solcher Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen durch die Vereinbarungen nicht begründet werden. Weiter wurde geltend gemacht, daß das Verlangen nach einer Bildung örtlicher Fonds dem Prinzip der Zentralisation widerspreche. Das ist nicht zutreffend. Inwiefern es möglich ist, die Maifeier durch ihre würdige Form, die Arbeitsruhe, zu begehen, das wird immer von der Stärke der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der einzelnen Orte abhängen. Gerade weil das Maß der Durchführung der Arbeitsruhe nicht von den Beschlüssen der Zentralen, sondern von den Beschlüssen der Orte abhängt, deshalb ist eine Beteiligung der örtlichen Organisationen auch an der finanziellen Verantwortung zweckentsprechend.

Der deutsche Gewerkschaftskongreß hat in Hamburg in seiner Sitzung vom 23. Juni nach längerer Debatte mit allen gegen 22 Stimmen den Vereinbarungen zugestimmt, aber mit 178 gegen 101 Stimmen gleichzeitig beschlossen, daß Generalkommission und Parteivorstand bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß nochmals über eine anderweitige örtliche Regelung der Unterstützungsfrage verhandeln sollten. Bessere Vorschläge wurden auch auf dem Gewerkschaftskongreß nicht gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

## Soziales und Parteileben.

**Verbandstag der Schneider.** In seiner Donnerstags-Sitzung nahm der Verbandstag zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung Stellung. Der Vorstand unterbreitete eine Vorlage, nach der eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt, und dann die Beiträge um 25 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht werden sollten. Die Stimmung der Delegierten zu dieser Frage wird am besten durch einen Antrag gekennzeichnet, der wünschte, daß in Betracht der Stellung der Delegierten zur Beitragsfrage (die Mehrzahl ist nur für ganz geringe Erhöhung) über diesen Punkt in gar keine Diskussion eingetreten werden soll. Dieser Antrag wurde wohl zunächst abgelehnt, man hörte nach dem Referat noch die Vertreter von ausländischen Organisationen und drei Delegierten. Dann wurde Schluß gemacht. Der Vertreter des österreichischen Verbandes konnte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht empfehlen. Er berichtete von schlimmen Erfahrungen, die sein Verband mit der Arbeitslosenunterstützung gemacht habe. Bei der eigenartigen Lage im Schneidergewerbe könnte eine genaue Kontrolle der Arbeitslosen nicht durchgeführt werden. In der weiteren Diskussion wurde noch besonders betont, daß die Kasse zunächst gestärkt werden müsse, um Lohnkämpfe durchführen zu können. Der Vorstandsantrag auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung wird dann mit 54 gegen 37 Stimmen abgelehnt und folgender Antrag angenommen:

Das gesamte Material und die Vorlage über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird den Mitgliedern zur Beratung und Abstimmung unterbreitet.

Den Mitgliedschaften wird zur Pflicht gemacht, in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1909 zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Urabstimmung am 1. April 1909 ihren Abschluß finden kann. Ihr Resultat ist dem Vorstande mitzuteilen.

**Nach Lübecker Muster.** Die Meißener Amtshauptmannschaft hat eine Bekanntmachung gegen die streifenden Glasarbeiter in Brockwitz erlassen, die einen ganz sozialistengefährlichen Geist atmet und also lautet:

Zur Sicherung der Ordnung und Verhütung schlimmerer Ausschreitungen, insbesondere aber zum Schutze von Leben und Eigentum, findet sich deshalb die unterzeichnete königliche Amtshauptmannschaft veranlaßt, für das Flur Brockwitz und Sörnnewitz sowie den westlich der Dresden-Miesauer Eisenbahn gelegenen Teil der Flur Weinböhlä umfassende Streifgebiet bis auf weiteres folgende außerordentliche Maßnahmen anzuordnen.

1. Für die Zeit von abends 6 bis morgens 7 Uhr wird das sogenannte Streikpostenstreifen, d. h. die Aufstellung einzelner Personen zwecks Abhaltung bez. Beobachtung der zur Fabrik gehenden oder von da kommenden Arbeitswilligen, verboten.

2. Menschenansammlungen auf den Straßen im Streikgebiet, insbesondere vor der Brockwitzer Glasfabrik und an der Haltestelle Neu-Sörnnewitz, sind unbedingt verboten; die Polizeibeamten sind angewiesen, jeder beginnenden Menschenansammlung durch die Aufforderung, auseinanderzugehen, Feststellung ungehorsamer und Festnahme widerrechtlicher Personen entgegenzutreten.

3. Von Einbruch der Dunkelheit an bis morgens 6 Uhr ist jedes zwecklose Stehenbleiben und Umhertreiben auf der Fabrikstraße in Brockwitz und an der Haltestelle Neu-Sörnnewitz untersagt.

4. Finden im Streikgebiet Ansammlungen oder Ruhestörungen statt, so haben die Anwohner sofort die Fenster zu schließen, keinesfalls aber durch Rufe und Winke die Aufregung zu steigern, beim zu Geheißigkeiten zu reizen.

5. Zumiderhandlungen gegen diese Vorschriften sowie gegen die zur Ausführung derselben ergehenden Anordnungen der Polizeibeamten werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Außerdem sind die Polizeibeamten angewiesen, Ruhestörer, von welchen nach ihrem Verhalten trotz polizeilichen Einschreitens weitere Ungehörigkeiten oder gar Gewalttätigkeiten zu erwarten sind, zur Verhütung solcher Vorkommnisse zu verhaften.

6. Außerdem wird für den Meißnerschen Gasthof „Zur Krone“ in Neu-Sörnne und das Büttnerische Restaurant „Zur Haltestelle Neu-Sörnnewitz“ in Flur Weinböhlä eine Polizeistunde auf 11 Uhr nachts eingeführt.

Wer in diesen Schankstätten über diese Stunde hinaus oder vor 6 Uhr morgens verweilt, ungeachtet der Wirt, sein Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn zum Fortgehen aufgefordert hat, wird mit Geldstrafe bis zu 15 Mk. bestraft. Der Wirt, welcher das Verweilen seiner Gäste über die Polizeistunde (11 Uhr nachts) hinaus duldet oder die Schankstätte vor 6 Uhr morgens öffnet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

7. Diese Bestimmungen treten mit ihrer Bekanntmachung durch das Amtsblatt und Anschlag an den Gemeindevorstand und sonstigen öffentlichen Orten in Brockwitz, Sörnnewitz und Weinböhlä, spätestens aber mit dem 18. August früh 8 Uhr in Kraft.

Was schiert es die Meißener Amtshauptmannschaft, daß das Reichsgericht die Lübecker Verordnung gegen das Streikpostenstreifen als ungesetzlich bezeichnet? Sie sagt sich: Im Meißener Lande herrschen wir, und damit basta! Aus welchen Vorkommnissen ist nun aber die Amtshauptmannschaft zu ihrer Verordnung gekommen. Die Amtshauptmannschaft schreibt in ihrer Begründung, daß wechselseitige Schimpfereien“ stattgefunden haben. Danach müßte man

nun annehmen, daß sich die Verordnung gegen die Arbeitswilligen richtet, wozu — wie unser Meißner Parteioffiziation berichtet — eine Anzahl dieser Gesellschaftsklubs sich grobe Verfehlungen und Ausschreitungen hat zuschulden kommen lassen. Da aber die Arbeitswilligen für die Zeit, wo das Streikpostenstreifen verboten ist, in den Betrieben stehen, so ist klar, daß sich die Verordnung gegen die Streikenden und Aussperrten wendet. Nach der Art, wie die Gendarmen und Polizeibeamten für „Ordnung und Ruhe“ sorgen sollen, geht hervor, daß der Streik unmöglich werden soll.

**Schwarze Listen.** Der Zufall spielt dem „Vorw.“ folgendes Zirkular in die Hände:

Verein der Kupferschmiedereien  
Deutschlands.

Hannover, den 6. August 1908.

An die Herren Mitglieder des Vereins!  
Nach einer Mitteilung des Bezirksvereins Brandenburg sind nachstehend aufgeführte 13 Kupferschmiedegehilfen in Senftenberg i. d. Niederlausitz wegen unerfüllbarer Lohnforderungen in den Ausstand getreten: (Folgen die Namen alphabetisch geordnet Nr. 1—13 mit Geburtsdatum und Geburtsort.)  
Dieselben sind daher gemäß § 13 der Satzungen so lange von der Einstellung ausgeschlossen, bis von uns die Liste widerrufen wird.

Der Vorstand.  
Richard Henkes.

Der Stupellosigkeit des Treibens dieser kleinmeisterlichen Scharfmacher wird die Krone aufgesetzt dadurch, daß unter Nr. 1 ein Arbeiter aufgeführt ist, der bereits am 29. Juli wegen Mangel an Arbeit zu Hause bleiben mußte (!), während der Ausstand am 5. August begann. Aber es kommt noch besser! Unter 5 und 13 sind zwei Arbeitswillige aufgeführt. Offenbar wollte der betreffende Meister ganz sicher sein und wollte verhindern, daß ihm diese Klausurkämpfer von den anderen beiden Meistern weggeschnappt werden, deshalb kamen sie wohl gleich mit auf die Liste. Auch nicht übel!

**Nette Arbeiterfreunde.** Zu dem beendeten Stettiner Meistersreit schreibt die Naumannsche „Hilfe“ u. a.:  
Der Vorgang bietet einige recht ganz alltägliche Lehren; die Arbeitgeber, in diesem Fall die Direktion der Pulkanwerke und der Verband deutscher Seeschiffswerften haben neben rückwärtsgerichtetem Energie auch so viel weise Mäßigung und kluge Nachgiebigkeit gezeigt, daß sie den übrigen Unternehmern in Deutschland für künftige Kämpfe Vorbilder sein können.

Dies angesichts der Tatsache, daß die genannten Unternehmer im Begriff standen, Zehntausende gänzlich unbeteiligter Arbeiter brotlos zu machen! Das ist in den Augen dieses sozialreformistischen Organs weise Mäßigung und kluge Nachgiebigkeit, und soll in Zukunft von anderen Kapitalisten nachgeahmt werden.

**Die fürsorgliche Polizei.** Jeder Deutsche soll das Recht haben, sich innerhalb des Reichsgebietes aufzuhalten, wo er will. Aber es gibt eine Anzahl Fälle, in denen die allzeit fürsorgliche Polizei noch ein Wortchen mitzureden hat. Die Polizei kann z. B. bestrafen Personen den Aufenthalt an bestimmten Orten bis zur Dauer von zwei Jahren verbieten. Dies ist jedoch nur dann zulässig, wenn befürchtet werden muß, der Aufenthalt werde dem Bestraften in besonderem Grade Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen in der durch das vorausgegangene Delikt angezeigten Richtung bieten und dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Weitere Voraussetzung ist noch, daß der Bestrafte mit mindestens 6 Wochen wegen Verbrechen oder Vergehens bestraft sein muß, oder daß innerhalb der letzten fünf Jahre wiederholte Bestrafungen wegen Verbrechen oder Vergehens erfolgt, oder daß innerhalb eines Jahres wiederholte Bestrafungen wegen Verbrechen oder Vergehens oder auch nur wegen Übertretungen erfolgt. Es muß aber mindestens einmal die Strafe eine Freiheitsstrafe gewesen sein. Geldstrafen kommen also nie in Betracht. Aus dem Orte, wo der Bestrafte vor der Bestrafung mindestens 2 Jahre ehrbar gelebt oder wo er seinen Unterhaltswohnsitz hat, kann er nicht ausgewiesen werden. Lebt der Bestrafte in ehrbarer häuslicher Gemeinschaft oder ist ihm bei der Entlassung aus der Strafanstalt ein Vertrauenszeugnis ausgestellt worden, so ist der Erlaß eines Aufenthaltsverbots ausgeschlossen. Personen, gegen die auf Polizeiaufsicht erkannt ist, kann der Aufenthalt an bestimmten Orten durch die Kreisauptmannschaft untersagt werden. Ebenso kann die Kreisauptmannschaft Personen den Aufenthalt untersagen, die in einem andern Bundesstaat innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Bettelns oder Landstreichens mindestens einmal bestraft worden sind; dies aber nur, wenn die Personen weder die Staatsangehörigkeit noch den Unterhaltswohnsitz besitzen. Von den Gemeinden zurückgewiesen werden können solche Personen, die weder hinreichende Kraft noch Vermögen, noch die Unterstützung unterhaltspflichtiger Verwandten besitzen, um sich ihren notwendigen Unterhalt zu verschaffen. Wenn eine Person noch nicht den Unterhaltswohnsitz erworben hat, sich aber ihre dauernde Armenunterstützung notwendig macht, so kann sie ausgewiesen werden. In Fällen nur vorübergehender Hilflosigkeit ist das Ausweisungsrecht ausgeschlossen. Reichsausländer können jederzeit als „lästig“ abgehoben werden, insbesondere aber dann, wenn sie an die Landespolizeibehörde überwiesen werden, wenn über sie die Landespolizeiaufsicht verhängt wird, wenn sie wegen gewerksmäßigen Glücksspiels verurteilt wurden, oder endlich wegen Zugehörigkeit zum Jesuitenorden.

**Die Parteiviren im Wahlkreis Niederrhein.** In dem Generalversammlung des Wahlvereins in Pantow nahm einen ziemlich erregten Verlauf und endete mit einer Worttrauerkundgebung für den bisherigen Vorstand, gegen den bekanntlich der letzte Kreisstag das Ausschlußverfahren beantragt hat. Die Gendlungsweise Stadthagens in der Freiwalder-Affäre wurde scharf verurteilt und eine Mitteilung des Vorsitzenden Röber, daß der engere Vorstand des Wahlvereins den Parteivorstand aufgefordert habe, gegen Stadthagen vorzugehen, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Gegenjah zum Kreisstag, der die Beibehaltung der Gemeindevertreterämter durch die Genossen Kubig und Gähler, die in die Freiwalder-Affäre verwickelt sind, gut hieß, beschloß die Wahlvereins-Versammlung: „Die Gemeindevertreterfraktion hat die Genossen Gähler und Kubig als nicht mehr zur sozialdemokratischen Fraktion gehörig zu betrachten.“ Nach der Mitteilung, daß eine Kassenaufrechnung von der letzten Landtagswahl noch nicht gegeben werden könne, was ebenfalls lebhafteste Protestrufe veranlaßte, und der Bekanntgabe der Mitgliederzahl des Wahlvereins, die von 642 auf 602 herabgegangen ist, erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Parteivorstand ein Schiedsgericht für den Niederrheinern Streit einsetze.

**Das Ende der Dernburgischen Staatsaktion gegen die Gothacker Parteigenossen.** Nach den letzten Reichstags-

mahlen ist gegen acht agitatorisch tätige gewesene Genossen in Götting ein Verfahren wegen Verleumdung des Hauptmannes Dominik und des Stationsleiters Geo Schmidt eingeleitet worden. Dieses Verfahren wurde dann auch auf drei Parteiblätter ausgedehnt. Das Verfahren gegen die Göttinger Genossen ist längst eingestellt und nun sind auch die angeklagten Parteiredakteure außer Verfolgung gesetzt worden.

**Ein klassisches Dokument.** Im Oktober 1905 wurde der Genosse Paul Rauch in Wahren bei Leipzig vom Gemeinderat in den Schulvorstand gewählt. Zwei Jahre lang übte Rauch sein Mandat unbeanstandet aus. Da er bestes im September 1907 der Pfarrer Bierling plötzl. daß Rauch für dieses Amt ungeeignet sei, weil er ihm in einem Gespräch erklärt habe, daß er „an nichts Höheres und Über-natürliches glaube und daß er nur aus dem Grunde zur deutsch-katholischen Kirche übergetreten sei, weil in ihr als einer staatlich anerkannten Konfession sein Sohn Religions-unterricht erhalten könne und dieser dann nicht mehr den Religionsunterricht in der Wahrener Volksschule zu besuchen brauche.“ Der Vertreter der christlichen Nächstenliebe leitete nun gegen Rauch eine Aktion bei der Bezirkschulinspektion Leipzig II ein, um ihn aus dem Schulvorstand zu entfernen. Von der Schulinspektion wurde Rauch darauf aufgefordert, sein Mandat freiwillig (!) niederzulegen, da anzunehmen sei, daß Rauch auch sonst an dem christlichen Charakter der konfessionellen Schule Anstoß nimmt. Dann ist aber ein geistliches Weiterarbeiten im Sinne des landesgesetzlichen Auffassung der Volksschule durch ihn im Schulvorstande, wozu er als dessen Mitglied verpflichtet ist, insbesondere insofern dem Schulvorstande nach § 24 k und i des (sächs.) Volksschulgesetzes auch die Unterstützung und Beaufsichtigung der auf das Augsburger Religionsbekenntnis und die beiden Katechismen verpflichteten Lehrer obliegt, ausgeschlossen.“ Genosse Rauch fühlte sich natürlich absolut nicht verpflichtet, sein Mandat niederzulegen, sondern wandte sich beschwerdeführend an das Kultusministerium, das in einer nichtisagen- den Antwort erklärte, die angefochtene Entschliebung der Bezirkschulinspektion enthalte eine endgültige Entscheidung über Rauchs Berechtigung zur Mitgliedschaft im Schulvorstande nicht, das Ministerium habe deshalb „auch keinen Anlaß, in dieser Richtung z. Zt. eine Entscheidung zu fassen.“ Daraufhin erklärte Genosse Rauch der Bezirkschulinspektion neuerdings, daß für ihn keine Veranlassung vorläge, sein Mandat niederzulegen. Er ersuchte vielmehr die Inspektion, den Schulvorstand zu veranlassen, ihn zu den Sitzungen des Vorstandes wieder zu laden. Von der Bezirkschulinspektion bekam darauf der Genosse Rauch das nachstehende Schreiben:

„Nachdem Sie sich geweigert haben, das Amt eines Schulvorstandsmitgliedes freiwillig niederzulegen und auch der Gemeinderat anscheinend von der Wahl eines anderen Gemeinderatsmitgliedes in den Schulvorstand an Ihre Stelle trotz der gegen Ihre Wahl seitens der königlichen Bezirkschulinspektion erhobenen Bedenken abgesehen (!) hat, will (kann!!! D. Red.) die königliche Bezirkschulinspektion auf Grund der anderweit angefertigten Erörterungen zwar z. Zt. Ihren Ausschluß aus dem Schulvorstande in Wahren nicht verweigern, Sie werden aber darauf hingewiesen, daß anderweit gegen Sie vorgegangen werden müßte, wenn Sie öffentlich oder in agitatorischer Weise gegen die Verfassung der Schule in ihrer jetzigen, gesetzmäßigen Gestaltung oder gegen das Christentum Stellung nehmen sollten, da solches nach Auffassung der königlichen Bezirkschulinspektion mit der Stellung eines Schulvorstandsmitgliedes nicht vereinbar ist.“

**Kgl. Bezirkschulinspektion Leipzig II.**  
Das wäre also, wie in dem kürzlich erwähnten Falle des Genossen Hebrigg in Quasitz bei Leipzig wieder ein Mandat mit dem Maulkorb. Natürlich wird sich auch Genosse Rauch nicht nehmen lassen, die Interessen der Volksschule und der Schulkinder nach sozialdemokratischen Grundätzen zu vertreten.

**Zur Handhabung des Reichsbrennsteuergesetzes.** Donnerstagsabend fand in Magdeburg die Fortsetzung der Mitgliederversammlung statt, welche am Dienstag aufgehoben worden war. Die Polizei erschien wieder mit einem starken Schutzmannsaufgebot. Der Vorsitzende verweigerte den Zutritt und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Darauf riefen etwa 20 Schutzleute heran, und erzwangen die Öffnung der Saaltür. Der Polizeikommissar wurde aufgefordert, den Saal zu verlassen, da es sich um eine Mitgliederversammlung handle, und er andernfalls wegen Hausfriedensbruchs zur Verantwortung gezogen werden würde. Er entgegnete, daß er wisse, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handle, er sehe aber trotzdem nicht von der Überwachung ab. Der Vorsitzende erwiderte, daß eine öffentliche Versammlung angemeldet werden müsse, und er in diesem Falle den Antrag zur Erlaubniserteilung vorzuzeigen hätte. Trotzdem er dies natürlich nicht konnte, verließ der Kommissar mit seinem Aufgebot nicht den Saal. Um die Auflösung zu provozieren, wurde eine Ansprache in polnischer Sprache von einem unserer Genossen gehalten. Der Kommissar löste denn auch, auf Grund der Verweigerung des Zutrittes und der fremdsprachigen Rede die Versammlung auf. Der Vorfall erregte großes Aufsehen. Die Versammlung war überfüllt und es wurde beschlossen, eine Protestversammlung einzuberufen, in der zu dem Fall Stellung genommen werden soll; außerdem wird Beschwerde eingeleitet werden.

**Deutsch-englische Friedendemonstration.** Die englische Arbeiterpartei hat, wie wir bereits meldeten, den Beschluß gefaßt, eine Anzahl Delegierter nach Deutschland zu senden, um der deutschen Arbeiterpartei einen Besuch abzustatten und mit ihr gegen die Kriegstreiber in England und Deutschland zu protestieren. Der Beschluß soll in der zweiten Hälfte des September zur Ausführung gelangen. Am Sonntag, den 24. September, wird in Berlin eine große, vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission und vom Aktionsausschuß der Partei gemeinsam einberufene Volksversammlung stattfinden, in der eine aus 20 Personen bestehende Deputation englischer Arbeiterführer eine Adresse der Arbeiter Großbritanniens an die Arbeiter Deutschlands überreichen wird. In dieser Adresse wird Stellung genommen gegen die Kriegstreiber. Das Manifest ist unterzeichnet von 50 Parlamentariermitgliedern und 200 Leitern von Gewerkschaften, Genossenschaftlichen, Krankenkassen und anderen Organisationen.

**Vor Zug nach Brüssel wird gewarnt!** Wir werden um die Vermeidung der folgenden Warnung gebeten: In letzter Zeit haben wir, wohl infolge der herrschenden Krise, einen sehr starken Zufluss von deutschen Arbeitern nach Belgien. Wir möchten hierdurch dringend vor Zug nach Brüssel und hauptsächlich die deutschen Handwerker darauf aufmerksam machen, sich nicht zu viel von der im Jahre 1910 stattfindenden Weltausstellung zu versprechen. Belgien ist das Land, wo, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen, die schlechtesten Löhne bezahlt werden und die längste Arbeitszeit herrscht. Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß gewisse Handwerker, wie Holzarbeiter, ohne eigenes Handwerkszeug keine Beschäftigung finden können. Zuweisenden empfehlen wir, sich sofort an den deutschen Arbeiter-

verein Maison du Peuple (Joseph Stevens), zu wenden, der sie mit Rat und Tat unterstützen wird. Deutscher Arbeiterverein Brüssel.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Der schmerzlose Tritt.** Vor dem Düsseldorf-Kriegsgericht hatte sich der Bielefelder Arbeiter vom Inf.-Reg. Nr. 53 (Köln) wegen vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung zu verantworten. Am 16. Juli soll der Musiker Wilh. Hüpper beim Exerzieren sehr lässig gewesen sein, weshalb ihn der Angeklagte mit voller Kraft in das Gesicht trat. Das Urteil lautete auf Freisprechung. Es wurde angenommen, der Angeklagte habe nicht die Absicht gehabt, dem Soldaten wehe zu tun, auch sei die „gute Führung“ und die „berechtigte große Aufregung“ des Feldwebels zu berücksichtigen.

**10 Jahre Gefängnis — 4 Wochen Arrest.** Vor dem Straßburger Kriegsgericht stand der Militärinvalide Wille, der 7 Jahre der Schutztruppe in Südwestafrika angehört hat und als Offizier der Landwehr mit 75 Proz. Erwerbsunfähigkeit entlassen wurde. Anlässlich der Kämpfe mit den Potentatollen soll Wille nach der Rückkehr von Posten bei Auer — anstatt Dienst zu tun — sich zum Schlafen niedergelegt haben — wodurch eine Gefährdung der Truppe entstand. Der Vertreter der Anklage beantragte 10 Jahre eine Woche Gefängnis. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 4 Wochen Mittelarrest wegen Achtungsverletzung.

## Aus Nah und Fern.

**Durch das Geständnis eines Sterbenden** ist man jetzt, wie aus Landsberg a. W. berichtet wird, auf die Spur eines Mörders gekommen. Vor zwei Jahren wurde im Dorf Friedrichsberg bei Dühringshof die unverheiratete Rentiere Elise Rasch auf bestialische Weise erwordet. Man fand sie des morgens erwürgt und durch Messerliche furchtbar zugerichtet in einer Blutlache in ihrer Wohnung. Noch Anfang dieses Jahres erfolgten Verhaftungen, die indessen nicht aufrecht erhalten werden konnten. Auf dem Sterbebett hat jetzt die Frau eines Arbeiters, der neben dem Mordhaule wohnte und kurze Zeit nach Verübung der Tat verzo, ihrer Mutter gestanden, daß ihr Gatte der Mörder sei. Die Schwiegermutter hat bei der gerichtlichen Untersuchung die Aussage über ihren Schwiegersohn verweigert. Das Gericht stellt weitere Ermittlungen an.

**Des Kaisers Burggraf — Staatssekretär der Reichslande.** Als neulich die mit dem Gelde der Steuerzahler wiedererrichtete Hofkammer in großem Schauprozesse eingeweiht wurde, ernannte Wilhelm II. einen Mann namens Jörn von Bula zum Burggrafen seiner Burg und übergab ihm feierlich den schweren Torhschlüssel. Jetzt ist dieser Jörn von Bula als Nachfolger Mathias von Köllers zum Staatssekretär der Reichslande ernannt.

**Bei einem Gemitter im Rhöngebirge** wurde die Bürgermeisterei Familie Buttner aus Wargolschhausen, die unter einem Baum Schutz gesucht hatte, vom Blitz getroffen. Frau Bürgermeister Buttner wurde getötet, die übrigen 6 Personen wurden betäubt.

**Gemeinheit.** In der Nacht vom 18. zum 19. d. Mts. brannte bei Düsseldorf die Werkzeugmaschinenfabrik von Haberlang u. Finzen, die rund 120 Arbeiter beschäftigt, nahezu vollständig nieder. Die Firma ist schon seit langem schwach beschäftigt. Am Dienstag wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß in Zukunft pro Woche nur noch vier Schichten gearbeitet wird, außerdem erhielt eine Anzahl Arbeiter die Kündigung. Jetzt, nach dem Brande, sucht man es nun so darzustellen, als sei das Feuer aus Rache von den gekündigten Arbeitern angelegt worden. Es müssen auch der Polizeibehörde dementsprechende Mitteilungen gemacht worden sein, denn sie hat bereits die gekündigten Arbeiter vernommen; jeder einzelne der Vernommenen hatte dabei die Empfindung, als stände er unter dem Verdachte der Brandstiftung. Anhaltspunkte dafür, daß Arbeiter das Feuer angelegt, sind natürlich nicht im geringsten vorhanden. Den in liberalen Blättern enthaltenen Verdächtigungen der Arbeiter hält die „Düsseldorfer Volkszeitung“ mit Recht entgegen: „Was würden die Kapitalistenblätter wohl dazu sagen, wenn wir den Spieß umdrehten und den Brand mit den in der Stadt kursierenden Gerüchten von einem bevorstehenden Konkurs in Verbindung brächten?“

**Wie man Raubmörder behandelt, die keine Raubmörder sind.** Einen typischen Beitrag zu dem Kapitel: Rechtsicherheit des deutschen Staatsbürgers, liefert eine in Bühl in Baden vorgenommene Verhaftung des Donatus Singe aus Kfullendorf. Am vorigen Sonnabend wurde am Glasmalthee, Amtsbezirk Offenburg, der Lederhändler Gasseimer aus Köln, der zur Sommerfrische in einem Orte unweit genannten Sees weilte, von einem Unbekannten durch einen Revolverschuß getötet und seines Geldes, sowie seiner Taschenuhr beraubt. Der Täter stoh; es soll ein Schneidergehilfe Janzen aus Riga sein, der in der Gegend der Mordstelle in Arbeit war. Natürlich setzte man den gesamten Polizeiapparat, sowie eine Anzahl sogenannter Bluthunde in Bewegung, bis jetzt vergeblich. In Bühl glaubte man nun, den großen Fang gemacht zu haben. Der verhaftete Raubmörder schilberte dem Karlsruher „Volksfreund“ seine Gelebensweise wie folgt: „Ich fuhr am 18. d. Mts. von Radolfzell ab gegen Offenburg-Karlsruhe. Im gleichen Kupee saß auch ein Fräulein, welches in Gausach gelegentlich eines Aufenthaltes den Zug verließ, um beim Gendarmen am Bahnhof die Meldung zu machen, daß ich wahrscheinlich der gesuchte Raubmörder sei, denn der Gendarm revidierte meine Papiere und frug nach meinem Reisefiel. Damit gab er sich zufrieden. Das Fräulein stieg wieder ein und wir fuhrn zusammen weiter. In Bühl angekommen, wurde ich aus dem Zug heraus von 2 Gendarmen verhaftet, ohne daß ich wußte, um was es sich handelte, denn das Fräulein hat sich mir gegenüber von ihrem Verdachte nicht das geringste merken lassen. Die Gendarmen nahmen mich in ein Zimmer am Bahnhof, herrschten mich sofort barock an und sagten, wenn ich mich im geringsten müßte, werde ich niedergeschossen; beide hatten ihre Karabiner bei sich. Nach einer Durchsuchung meiner Kleider wurde ich nach dem Amtsgefängnis in Bühl verbracht. Da mußte ich mich vollständig entkleiden und die Gendarmen und der Gefängniswärter durchstöberten meine Kleider, nahmen mein Geld, zirka 300 Mark, Papiere und meinen sonstigen Tascheninhalt — selbst meine Hosenträger — an sich und iperrten mich in eine Zelle. Abends bekam ich dann eine Suppe und einen Krug Wasser und am anderen Morgen wiederum eine Suppe, sonst nichts. Nebenbei bemerkt, war das Bett — wenn man es so nennen darf — in einem unsauberen Zustand. Inzwischen wurde überall hintelegraphiert und man kam anderen Tags endlich dahinter, daß ich der Gesuchte nicht bin und entließ mich mit einer Bescheinigung, daß ich meine beschlagnahmten Kleider in Karlsruhe wieder haben könne.“ — Vom Dienstag nachmittags 4 Uhr bis Mittwoch früh 10 Uhr wurde also der harmlose Reklamer, der sich auf der Fahrt nach Karlsruhe befand, um sich dort eine Stelle zu suchen, wie ein ausgewachsener Raubmörder be-

handelt. Nachdem man seinen Firtum einsah, was im Zeitalter des Telephons nicht gerade 18 Stunden zu dauern brauchte, entließ man ihn gnädig mit der Anweisung, seine Kleider könnte er sich in der etwa 9 Stunden entfernten Reichsstadt ausfolgen lassen. Gätten wir ein Beamten-Verantwortlichkeitsgesetz, würden ähnliche „Frtungen“ weniger häufig vorkommen. Vor allem aber würde zunächst dafür gesorgt sein, daß unschuldige Verhaftete eine anständige Behandlung erfahren. Der Reklamer wird wegen unschuldig erlittener Haft eine Entschädigung beanspruchen. Für die erlittenen Seelenqualen vergütet ja Vater Staat an sich nichts, oder wäre er am Ende garnicht verhaftet worden, wenn er eben — kein Reklamer wäre?

**Ein unbequemer Wissender.** Wir haben schon gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft in Straßburg i. G. sich der Professoren angenommen hat, die ein paar Blätter wegen der kritischen Bemerkungen zur Doktorpromotion des Hohenzollernprinzen verlag haben. Das war, wie die Dinge bei uns liegen, nicht weiter auffällig. Um so interessanter ist aber die Versicherung der „Reichl. Korrespondenz“, daß die Klage vor allem darauf abzielen solle, festzustellen, ob und welcher Professor die von den verlagten Zeitungen mitgeteilte Äußerung über den Ausfall der prinzipialen Prüfung gemacht hat. Es handelt sich dabei um die bekannte Äußerung: „Er hat Recht gehabt; aber er ist ein Prinz.“ Die „Straßburger Bürgerzeitung“, eins der verlagten Blätter, bemerkt dazu: „Danach würde es der Anklagebehörde nicht darauf ankommen, zu prüfen, ob die angeklagten Zeitungen die Wahrheit schrieben oder nicht — denn das weiß sie bereits, die Wahrheit des Geschriebenen steht fest — sondern hauptsächlich darauf kommt es ihr an, herauszufinden, wer die Äußerung getan hat, welcher Professor sich in der staatsgefährlichen, monarchiewidrigen Weise äußerte, um dem Professor dann den disziplinarischen Prozeß zu machen. Um zum Ziele zu gelangen, wird die Klage gegen die betr. Zeitungen von Amts wegen erhoben. Das ist nichts mehr und nichts weniger als das Zeugniszwangsverfahren in seiner verurteilenswürdigsten unschönsten Form.“

Am Baume der preußisch-deutschen Justiz treiben doch immer noch Schöplinge, die selbst den Abgestumpftesten Überraschung bereiten können.

**Staatlicher Terrorismus.** Die Ärztekammer der Provinz Sachsen veröffentlicht in ihren Mitteilungen einen Fall, der ein Schlaglicht darauf wirft, wie beamtete Aerzte von den Behörden behandelt werden. Dem Kreisarzt Dr. Lampe in Duedlinburg war im Nebenamt die Stelle eines Gefängnisarztes mit einer Bezahlung von 165 Mk. übertragen worden. Dem Kreisarzt erschien diese Bezahlung zu niedrig. Er wollte um Erhöhung des Honorars einkommen und befragte vorher den Vorstand der Ärztekammer, ob die von ihm ins Auge gefaßte Summe angemessen sei. Der Ärztekammerpräsident antwortete, daß 600 Mark für die zu leistende Arbeit ein bescheidenes Entgelt darstellen würden. Dementsprechend stellte der Kreisarzt sein Gesuch. Da antwortete ihm der Regierungspräsident in Magdeburg, er solle den höchsten der von der Ärztekammer ermittelten üblichen Sätze erhalten, nämlich 6 Mk. jährlich für jeden Gefangenen, d. h. 300 Mk. im Jahr. Sings er hierauf nicht ein, so würde der Regierungspräsident sich genötigt sehen, seine Versekung beim Herrn Minister zu beantragen. Der Kreisarzt wünschte nicht versezt zu werden und gab sich befriedigt. Die Beschwerde der Ärztekammer an die Regierung wurde abgewiesen und der Vorfall soll nunmehr in preußischen Landtag zur Sprache gebracht werden.

**Diamantenfoller in Südwestafrika.** In der gelobten Wüste Südwestafrika sollen Diamanten gefunden werden können. Die Kunde davon ging über das öde Land und ergriff diejenigen, die dort auf den kolonialen Glückesfall warten. Welche Verheerungen das Gerücht anrichtete wird ersichtlich, wenn wir wiederholen, was die „Windhöcker Nachrichten“ unter dem 11. Juli schreiben: Seit einigen Wochen herrscht hier ein in Südwestafrika wenig bekanntes Fieber, welches zwar auch oft sehr gefährlich ist, selten aber tödlichen Ausgang nimmt. Die ersten Symptome sind hochgradige Erregung. Da der diese Krankheit behandelnde Spezialarzt, die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, in Swakopmund wohnt, so wird dort gewöhnlich per Telegraph das Rezept (Schürffstein) bestellt. Dann geht es mit nächster Fahrgelegenheit nach Kilometer 16 „Station Kolmanskop“, eine versprechende Stelle wird gesucht, eine Tafel unter Beobachtung der kolonialärztlichen Vorschriften aufgestellt und dann wird „gebuddelt“, was das Zeug hält! Ja, es herricht in Lüderichbucht und Umgegend ein hochgradiges Diamantenfieber. Der auch nur ein Schürffeld belegte hat, blickt mit leidig auf den herab, der feins hat. In hellen Haufen geht es früh per Bahn, hoch zu Roß oder per mögliche und unmögliche Fuhrwerke hinaus, und fast jedermann bringt mehr oder weniger echte Diamanten mit nach Hause. Und alles träumt von unermeßlichen Reichtümern und begiebt froh den zu erwartenden Gewinn mit Bier und Wein. An Tage wird geschürft und abends wird geschürft; oft sind die Schürffeldsteine billiger als die Schürffeldsteine! Die Unterhaltungen drehen sich fast nur um Diamanten, Karate und Blaugrund. Der gebildete Mensch drückt sich „ungeschliffen“ aus. Jeder ist ein kleiner De Beers oder Barnato. Das Fieber stieg aufs höchste, als die Regierung selbst eine große Anzahl Schürffeldsteine bestellte und Felder belegte. Die erste Enttäuschung ist schon gekommen. Es ging das bestimmte auftauchende Gerücht, daß der heute hier ankommende „Eduard Bohlen“ von Kapstadt eine noch nie dagewesene Anzahl Passagiere brachte. Die Hotels machten größte Anstrengungen, um dem kommenden Ansturm zu begegnen, es wurde schon austakuliert, wieviel Reisende man unter und auf dem Billardtische unterbringen könnte. Ich glaube sogar, daß seitens der Behörden schon verschärfte Maßnahmen betreffend Landungsurlaubnis getroffen waren, aber es kam fast niemand mit dem „Eduard“, und heute abend ist es recht still — man weint leise —, Tränen bedeuten Diamanten.

## Literarisches.

**Gesundheits-Kalender 1909.** Redigiert von Dr. Müller, Dr. Körner und Dr. Schmitt, über 100 Seiten stark, über 300 Themen der modernen Gesundheits-Pflege behandelt, mit ungefähr 100 Original-Illustrationen, 4 in Violett-Lithographie gedruckten Kunsttafeln (darstellend die Augenleiden, angeborene Mißbildungen, Hautleiden, 12 Heilpflanzen), mit vielfarbigen Umschlag (Vor- und Rückseite), auch mit einer Anzahl lehrreichen Artikeln über das moderne Kurpfuschertum, über Säuglingssterblichkeit, Lungentuberkulose, Alkoholfolgen usw., mit neutralem Kalendarium etc., auf dem Boden der strengen ärztlich-wissenschaftlichen Forderung fußend, die in populärer Form erklärt wird, Preis nur 50 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: E. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.